

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT

SOZIALE BRENNPUNKTE

HESSEN e.V.

*Fünf  
Jahre  
LAG*

Ein Zusammenschluß von Bewohnern und Mitarbeitern aus zahlreichen sozialen Brennpunktsiedlungen im Bundesland Hessen



# Fünf Jahre LAG

KEINE FESTSCHRIFT - vielmehr eine Bestandsaufnahme der Gründung, Entwicklung sowie aktuellen Situation u.a. unserer Mitgliedsprojekte mit Beiträgen aller Beteiligten und für sozialpolitisch engagierte Leser/innen.



## 1. ZU DIESER BESTANDSAUFNAHME

Die vorliegende Bestandsaufnahme konnte nur durch die tatkräftige Unterstützung und Mitarbeit unserer Mitgliedsprojekte zusammengestellt werden. An dieser Stelle sprechen wir allen Mitarbeitern (Bewohnern und Kollegen) unseren Dank und unsere Anerkennung aus.

Die Bestandsaufnahme der Gründung, Entwicklung sowie der aktuellen Situation usw. erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit; die jeweiligen Darstellungsschwerpunkte bzw. Inhalte der einzelnen Projekte sind von diesen - bis auf Ausnahmen - selbst bestimmt worden.

Aufgrund des umfangreichen Materials wurden lediglich unsere Mitgliedsprojekte berücksichtigt. In diesem Zusammenhang der Hinweis, daß wir mit weiteren 50 Einrichtungen in Verbindung stehen und zum Teil rege Kontakte unterhalten. Erwähnt seien stellvertretend nur die Lern- und Spielstuben, die den Schwerpunkt auf sozialpädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen verbunden mit Elternberatung und Elternbildungsarbeit gelegt haben, und ihre Arbeit in der Dokumentation zur Sozial- und Bewohnerarbeit in den Sozialen Brennpunkten Hessens vorstellen konnten (vgl. dazu Dokumentation im gelben Einband, September 1978).

Nachstehend zunächst eine Allgemein-Information über die LandesArbeitsgemeinschaft (LAG) SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN e.V., aus der wissenswerte Einzelheiten über Gründung, Struktur und Arbeitsschwerpunkte des Vereines entnommen werden können.

Die Bestandsaufnahme gliedert sich weiterhin entsprechend der Organisationsstruktur des Vereines in Regionen: HESSEN-SÜD, HESSEN-SÜD/WEST, HESSEN-MITTE und HESSEN-NORD, wobei die letztgenannten Bereiche Mitte und Nord zusammengefaßt wurden zu einer Region. Am Schluß folgt schließlich ein Adressenverzeichnis unserer Mitgliedsprojekte, eine Bestandsaufnahme verschiedener LAG-Aktivitäten sowie eine Bibliographie ausgewählter Schriften.

Und nun wünschen wir uns zahlreiche aufmerksame Leser/innen!

## 2. ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Die LandesArbeitsGemeinschaft (LAG) SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN e.V. wurde am 15./16. Juni 1974 gegründet. Bewohner und Sozialarbeiter aus vielen sozialen Brennpunktsiedlungen im Land Hessen haben sich hier zu einer überparteilichen Vereinigung zusammengeschlossen, um sich gemeinsam für eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Siedlungen einzusetzen.

Aus der Erfahrung heraus, daß die Arbeit von Bewohnern und Sozialarbeitern in ihren Stadtteilen durch die Unterstützung von Bewohnern und Sozialarbeitern aus anderen Städten wesentlich verbessert werden kann und gemeinsame Probleme auch gemeinsam angegangen werden müssen, wurde mit der Gründung eine überlokale und überregionale Interessenorganisation aufgebaut, in der Bewohner und Sozialarbeiter gleichberechtigt miteinander arbeiten.

### Mitglieder:

Aktive Mitglieder im Sinne der Satzung sind die Projektgruppen - das sind sowohl Sozialarbeiter- als auch Bewohnergruppen, die in den verschiedenen sozialen Brennpunkten Hessens arbeiten.

Entsprechend der Zielsetzung der LAG sollen die Projektgruppen in ihrer Arbeit die Selbstorganisation und Selbsthilfe der Bewohner in den Brennpunktsiedlungen anstreben und eine integrierte Form von Kinder-, Jugend- und Erwachsenenarbeit praktizieren.

Bisher sind 22 Projektgruppen aus verschiedenen hessischen Städten und Gemeinden auf Antrag hin Mitglieder der LAG geworden. Daneben arbeiten weitere 15 Einrichtungen bei der LAG als Gastmitglieder (§ 5, B 1 der Vereinssatzung) oder in anderer Form unterstützend mit.

Soziale Brennpunkte:

Als SOZIALE BRENNPUNKTE in Sinne der Satzung werden verstanden:

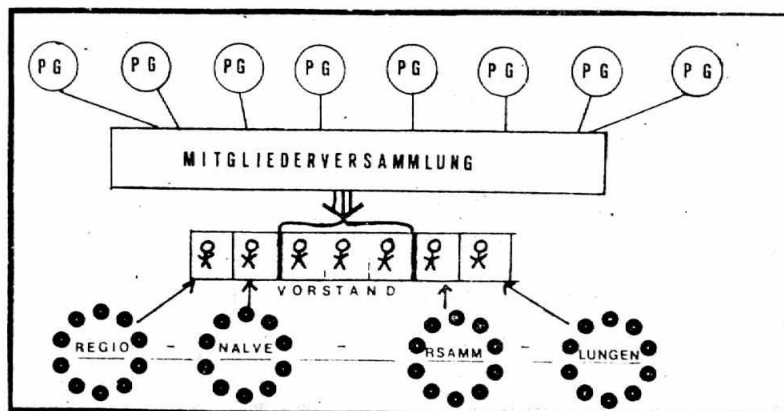
- Obdachlosensiedlungen un öffentliche Notunterkünfte mit Anstaltscharakter;
- Wohngebiete, deren Bewohner von Obdachlosigkeit bedroht sind;
- Wohngebiete mit deutlichen Anzeichen psychischer und materieller Verelendung der Wohnbevölkerung oder Teilen davon (z.B. Sanierungsgebiete);
- Wohngebiete mit mangelhafter sozialer Infrastruktur.

Mitgliederversammlung:

Mindestens einmal im Jahr findet eine Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft statt. Die aktiven Mitglieder sind hier mit je zwei Stimmen stimmberechtigt. Sie wählen den Vorstand der LAG und beschließen über das Arbeitsprogramm der Landesorganisation. Zur Mitgliederversammlung sind neben den Mitgliedsprojekten alle interessierten Einrichtungen, Bewohner und Sozialarbeiter sowie interessierte Einzelpersonen herzlich eingeladen.

Vorstand:

Der Vorstand besteht aus drei zentral und vier regional gewählten Personen. Er wird jährlich gewählt von den stimmberechtigten Mitgliedern. Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich. Im Vorstand sind Bewohner und Sozialarbeiter vertreten.



Regionalversammlungen:

Das Land Hessen wurde durch Beschluß der Mitglieder in vier Regionen aufgeteilt:

- Region Nord,
- Region Mitte,
- Region Süd,
- Region Süd/West.

(Siehe nebenstehende Karte)

In diesen Regionen finden mindestens einmal jährlich Regionalversammlungen für die Bewohner und Sozialarbeiter der SOZIALEN BRENNPUNKTE dieser Regionen statt. Dadurch können die Kontakte und der Erfahrungsaustausch zwischen Siedlungen und Projektgruppen, die örtlich beieinanderliegen, unmittelbar und mit breiterer Beteiligung hergestellt werden, als das durch zentrale Landestagungen für alle Projekte ermöglicht werden kann. Die Regionalversammlungen sind in der Regel eintägig.

Regionalvertreter:

Für jede Region werden von den Teilnehmern der Regionalversammlungen ein oder mehrere Regionalvertreter gewählt. Diese sind Kontaktpersonen für die örtlichen Siedlungen jeder Region. Gleichzeitig sind sie Verbindungsglied zum engeren Vorstand und zur Geschäftsstelle.

Geschäftsstelle:

In den ersten Jahren nach Gründung der LAG wurden auch die Arbeiten in der Geschäftsstelle ehrenamtlich verrichtet. Die Fülle der Aufgaben erfordert jedoch hauptamtliche Mitarbeiter, zumal alle Vorstandsmitglieder "nebenbei" noch einen Beruf haben. Inzwischen konnten für den Bereich der Geschäftsstelle eine Ganztags-, eine

Halbtagsstelle sowie zwei Stellen für nebenamtliche Mitarbeiter eingerichtet werden. Aufgrund geringer Eigenmittel sowie knapper Zuwendungen des Landes Hessen und des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen stellt sich immer wieder die Frage, ob diese Arbeitsverhältnisse über das Jahr hinaus fortgeführt werden können.

Aufgabenkatalog:

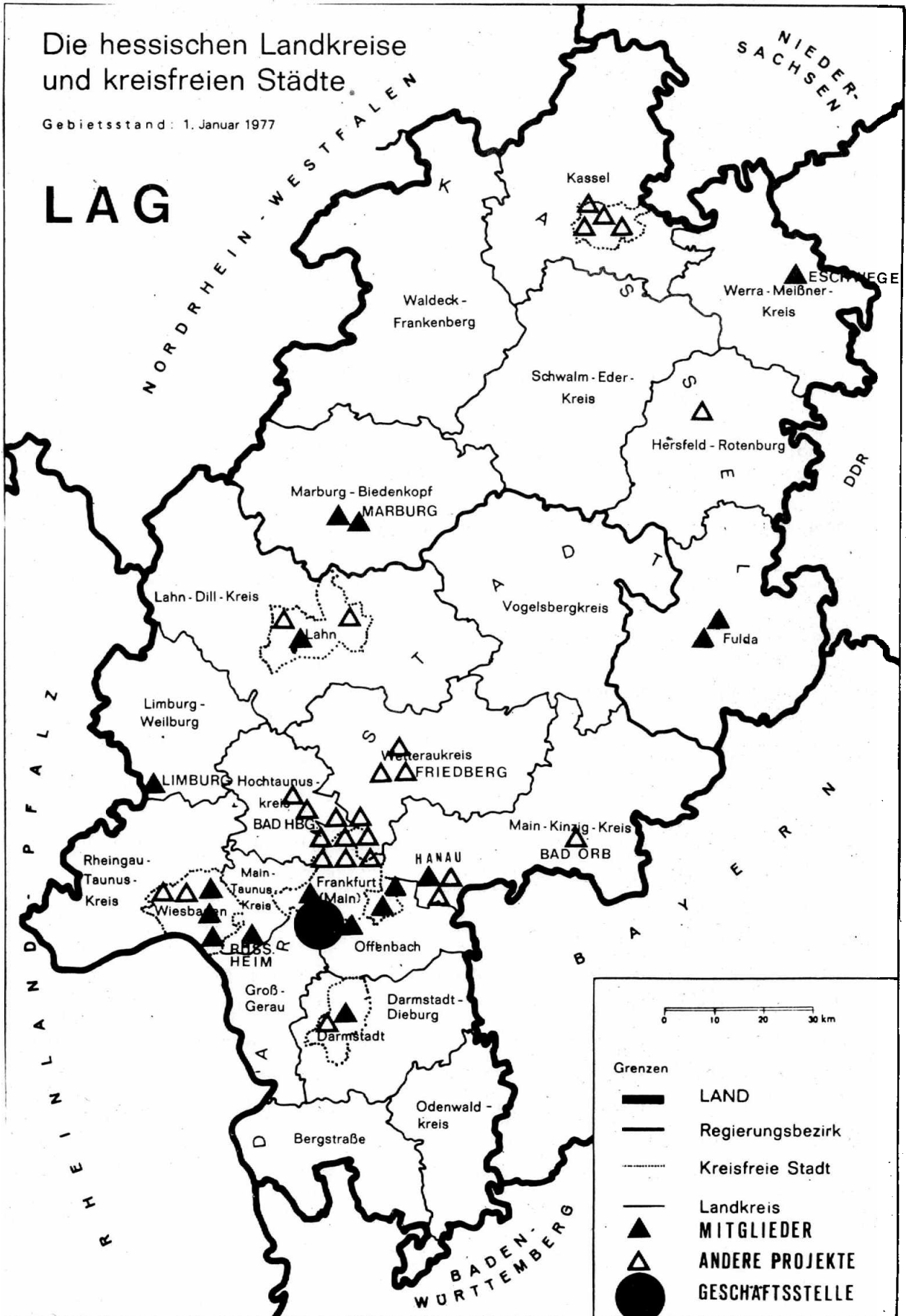
Zu den Aufgaben der LandesArbeitsGemeinschaft gehören u.a.:

- Koordination der Arbeit der verschiedenen Projekte auf Regional- und Landesebene;
- regelmäßiger Erfahrungsaustausch, Durchführung von zentralen Veranstaltungen und von regionalen Tagungen;
- allgemeine Projektberatung und Projektanalyse;
- Interessenvertretung gegenüber den Landesbehörden;
- generelle Öffentlichkeitsarbeit;
- Material- und Datensammlung sowie deren Auswertung;
- Informationen zum Stellenmarkt.

Die Geschäftsstelle ist in der Regel zwischen 10.00 und 16.30 Uhr telefonisch erreichbar. Die Telefonnummer ist 0611 / 234397.

Die Geschäftsstelle befindet sich in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes Frankfurt am Main. Für Autofahrer ist die Geschäftsstelle aus Richtung Messe über den Platz der Republik, dann links abbiegend Mainzer Landstraße, rechts ab durch die Weserstraße bis zur Münchner Straße oder Gutleutstraße, dort wieder rechts abfahren bis zur 2. Querstraße, zu erreichen. Parkmöglichkeiten bestehen im Parkhaus Texaco, zu erreichen über die Gutleutstraße bzw. Wilhelm-Leuschner-Straße (Nähe Intercontinental).

3. UNSERE MITGLIEDSPROJEKTE





# BEREICH HESSEN SÜD



ELTERNINITIATIVE "KIND IN NIED" -  
FRANKFURT AM MAIN:

Die Initiative arbeitet seit sechs Jahren im sozialen Brennpunkt Frankfurt - Nied. Der Schwerpunkt der Tätigkeit umfaßt Hausaufgabenbetreuung und Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 15 Jahren. An fünf Nachmittagen in der Woche arbeitet die Gruppe mit ca. 30 Kindern und bemüht sich, das Konzept aus Schularbeitenhilfe und anschließender Freizeitgestaltung zu verwirklichen.

Aufgrund der unzureichenden Raum- und Personalsituation wird die pädagogische Arbeit erschwert. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit, daß auf Dauer pädagogische Betreuung der Kinder, Elternbesuche, Gespräche mit Lehrern, Verwaltungsarbeit usw. auf rein ehrenamtlicher Basis wohl kaum möglich ist.

Die entstehenden Kosten für Honorare von Mitarbeitern, die Miete der genutzten Räume sowie die benötigten Materialien werden zum Teil vom Jugendamt der Stadt Frankfurt und vom Landesjugendamt (LJA) Hessen übernommen.

---

INITIATIVGRUPPE FECHENHEIM /  
FRANKFURT AM MAIN:

Der Ausgangspunkt der Initiative waren entsprechende Aktivitäten von einigen Bewohnern, die Kinderfeindlichkeit und Isoliertheit im unifor-

men Hochhaus anprangerten. Dabei wurde das Projekt einer Grundstück- und Hausbesitzgesellschaft bekannt, die Eigentumswohnungen nur zu einem Drittel verkaufen konnte und deshalb in Konkurs ging. Die restlichen Wohnungen aus der Konkursmasse wurden anschließend von Gläubigern vermietet, zum großen Teil auch an kinderreiche Sozialhilfeempfängerfamilien. Die unterschiedliche Zusammensetzung von Mietern und Eigentümern führte dann zu ständigen Auseinandersetzungen, nicht zuletzt dadurch, daß ein mit unzureichenden Mitteln ausgestatteter, viel zu kleiner Spielplatz dem Kinderansturm nicht gerecht werden konnte. Verhandlungen zur Vergrößerung der Spielfläche und Aufstellen von zusätzlichen Spielgeräten scheiterte am erbitterten Widerstand der Wohnungseigentümer, die eine hohe Kostenbelastung befürchteten. Deshalb Kontakte und Verhandlungen mit den Mitarbeitern eines etwas weiter entfernt liegenden selbstverwalteten Jugendzentrums, die erste Erfolge brachten: ein Raum wurde zur Verfügung gestellt und eingerichtet. Aufgrund von Gesprächen mit Studenten konnten ehrenamtliche Kräfte für die Hausaufgabenbetreuung der Kinder gewonnen werden. Die Initiative hat sich zwischenzeitlich als Verein konstituiert. Schwerpunktmäßig konzentriert sich die Arbeit der studentischen Mitarbeiter und sonstigen freiwilligen Helfer auf den Bereich Kindersozialarbeit. Die Kinder kommen aus einkommensschwachen Familien, davon viele Sozialhilfeempfänger. Die

Kinder sind im Alter von 6 - 12 Jahren und werden zur Zeit von fünf Studenten der Fachhochschule Frankfurt im Rahmen ihres studienbegleitenden Studiums sowie vier weiteren ehrenamtlichen Helfern gefördert. Das Material für die pädagogische Arbeit wird von Studenten und Vereinsmitgliedern auf eigene Kosten eingekauft bzw. gestellt. Seitens der offiziellen Stellen bei Stadt und Land wurde die Gewährung von Zuschüssen bisher abgelehnt.

Ohne Worte .....



GEMEINWESENARBEIT OFFENBACHER STRASSE /  
NEU - ISENBURG:

# Auch die Spielstube wird abgeschafft

In den Häuserblocks an der Offenbacher Straße bald weniger Obdachlose

NEU-ISENBURG. Die Häuserblocks in der Offenbacher Straße 107 bis 109 möchte der Magistrat schon im nächsten Jahr als „normalen Wohnbereich“ bezeichnen. Es wird dort nicht mehr Obdachlose geben als in anderen, ähnlich strukturierten Wohngebieten, und auch die Spielstube wird nicht mehr vorhanden sein, ebenso hofft man, auf spezielle soziale Betreuung durch Sozialarbeiter verzichten zu können. Dieser Absicht des Magistrats hängt Erster Stadtrat Franz Heuer ein „Vielleicht“ an, was sich aber nur auf den Zeitpunkt bezieht.

Gegenwärtig sind die Wohnblocks, die vor vielen Jahren als Obdachlosenunterkünfte konzipiert waren, wieder ins Gerede gekommen. Der Grund: „Seit September 1979 sind vier Zwangseinweisungen vorgenommen worden.“ Dieser Behauptung von Bewohnern stellt der Magistrat entgegen, daß es nur drei Einweisungen waren. Eingewiesen wurden „drei Fälle mit acht Personen“. Im gleichen Zeitraum, berichtet der Magistrat, seien „vier Fälle mit 16 Personen“ in andere Wohnungen umgesetzt worden, darunter 14 Ausländer. „Das ist ja unser Konzept“, erklärte Franz Heuer. „Wir wollen dort weniger Ausländer haben und insgesamt die Zahl der Bewohner verringern.“ Und das sei trotz der drei Einweisungen geschehen.

Zwischen den Sozialarbeitern, die in der Offenbacher Straße hauptsächlich

Kinder betreuen, aber auch Erwachsenen Hilfe geben, und der Leitung des Sozialamtes steht es offenbar nicht zum besten. Franz Heuer gab „unterschiedliche Auffassungen zu“. Während die Betreuer beklagen, daß in letzter Zeit die Konflikte im Wohngebiet der Offenbacher Straße zugenommen haben und häufiger die Polizei eingreifen muß, zitiert Franz Heuer eine offenbar energische Bewohnerin, die erklärt haben soll, daß „ich hier Dinge tun muß, die eigentlich die Sozialarbeiter hinsichtlich Ordnung tun müßten“.

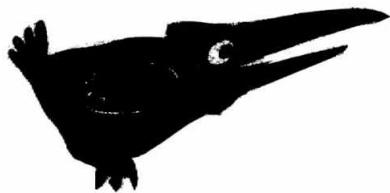
Beklagt wird von den Sozialarbeitern, daß immer noch kein Hausmeister gefunden wurde. Das sei richtig, erklärte

Heuer, selbst unter den Bewohnern habe sich niemand zur Übernahme dieser Aufgabe bereit erklärt. Inzwischen will Heuer keinen Hausmeister mehr, „andere Wohnblocks haben doch auch keine Hausmeister“. Der Stadtrat will „normalisieren“. Dazu gehört auch die Integration der 16 Kinder in den nahegelegenen Kindergarten, „dann brauchen wir keine Spielstube mehr“.

AUS FRANKFURTER RUNDSCHAU,  
LOKALAUSGABE 4, 08.02.1980,  
SEITE III

Als Reaktion auf diese angekündigte Spielstubenschließung erfolgten massive Proteste der Bewohner und Sozialarbeiter, wie zum Beispiel folgende Aktionen:

- Protestbrief der Kinder an die "Herren im Rathaus";
- im Rahmen einer Aufräumaktion in der Offenbacher Straße protestierten die Bewohner mit Transparenten gegen die Schließung der Spielstube;
- in einer Bewohnerversammlung wurde der Vorsitzende des Stadelternbeirates im Hort- und Kindergartenbereich eingeladen. Dieser sprach sich auch gegen die Schließung der Spielstube aus;
- auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung der LAG im Frühjahr 1980 erklärten sich die Mitgliedsprojekte mit den Forderungen der Bewohner in der Offenbacher Straße solidarisch;
- Informationsabend mit vielen Bewohnern, Mitarbeitern, Vertretern der LAG, Stadtverordneten von den im Rathaus vertretenen Parteien, Sozialdezernent und Presseleuten zur beabsichtigten Schließung der Spielstube.



Als Ergebnis des zuletzt genannten Informationsabends bleibt festzuhalten:

1. Die angedrohte Schließung der Spielstube wurde auf 1982 verschoben;
2. den Sozialarbeitern wurde wegen ihrer öffentlichen Proteste dienstrechtliche Konsequenzen angedroht (Dienstaufsichtsbeschwerde, Eintrag in die Personalakte);
3. die Forderungen der Bewohner und Sozialarbeiter werden in absehbarer Zukunft nicht erfüllt und müssen daher weiterhin mit Nachdruck vertreten werden.

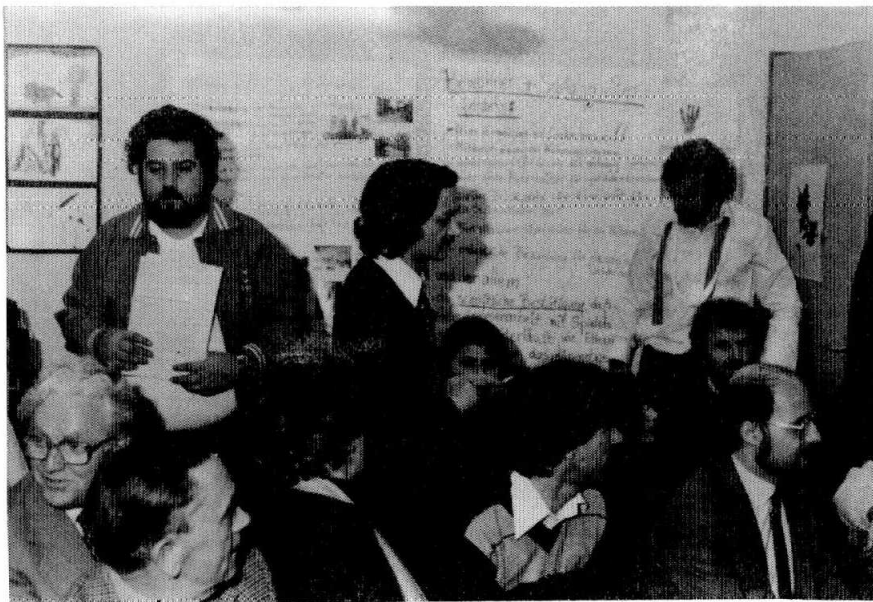
Diese Forderungen sind:

- Mitbestimmung bei Wohnungsvergabe, wenn Wohnungen frei werden.
- Freiwerdender Wohnraum muß vorrangig für Vergrößerungen von Wohnungen benutzt werden.
- Keine Einweisung von Obdachlosen.
- Verhinderung von Obdachlosigkeit durch vorbeugende Maßnahmen.
- Weniger Druck, mehr Eigenständigkeit für die städtischen

Mitarbeiter.

- Keine Überlastung der Mitarbeiter durch andere Aufgaben, zum Beispiel Zwangseinweisungen nach dem Hessischen Freiheitsentziehungsgesetz oder Hausmeister Tätigkeiten.
- Einstellung eines Jahrespraktikanten in der Erwachsenenarbeit.
- Die 3. Ganztagsstelle für die Spielstube muß her. Das ständige Personalkarussell durch Jahrespraktikanten und Mitarbeiter über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen muß aufhören.
- Problemgerechte Fortbildung und Supervision für alle Mitarbeiter.
- Für die Jugendlichen gibt es in Neu-Isenburg kaum offene Angebote. Die Spielstube kann auf die Bedürfnisse und Probleme der Jugendlichen nur unzureichend eingehen. Deshalb sind entsprechende personelle Voraussetzungen für eine verstärkte Jugendarbeit zu schaffen.

amt vielfach gegen die Interessen von Bewohnern vorgehen. Daher ist eine Übertragung der gesamten Gemeinwesenarbeit sowie Spielstubenarbeit an einen freien Träger der einzige Ausweg zur Lösung des Problemes.



- Voraussetzung für eine effektive Arbeit ist die Unabhängigkeit der Sozialarbeiter von der Stadt als Anstellungsträger, sonst können sie kein Vertrauen bei den Bewohnern finden. Bisher müssen die Sozialarbeiter als Außendienst von Sozialamt, Bauamt, Liegenschaftsamt und Ordnungs-

Informations-  
abend vor  
Ort am 19.3.  
in Neu-Isenburg

\* \* \* \* \*

MIETERVEREINIGUNG STARKENBURGRING /  
DIETZENBACH:

Die Bevölkerung der Stadt Dietzenbach hat sich in den letzten Jahren verdreifacht und beträgt gegenwärtig 25.000 Einwohner. Vieles konnte mit dieser rasanten Entwicklung nicht Schritt halten.

Die Sozialstruktur des Ortes ist von Gegensätzen geprägt. Es gibt reine Wohngebiete ausländischer Arbeitnehmer, die sich am Rande des Industriegebietes und in freiwerdenden Ortskernhäusern angesiedelt haben. In den Neubaugebieten wohnen vorwiegend Angehörige der sogenannten Mittelschicht. Eine Ausnahme bildet die Hochhausbebauung am Starkenburgring (Rosenpark), die eine überwiegend schwächere Sozialstruktur aufweist. Hier befindet sich auch das Jugendhaus, das vor zweieinhalb Jahren leider geschlossen wurde. Der Standort der Mietervereinigung befindet sich in diesem verdichteten Hochhausgebiet, das zu Zeiten des "Baubooms" Anfang der 70er Jahre mit dem Kapital von Abschreibungsgesellschaften entstanden ist.

Bis Anfang 1978 standen ca. 40 Prozent der Wohnung leer. Heute sind fast alle vermietet, da die US-Airforce, die Flughafengesellschaft für ihre Bediensteten Wohnungen angemietet haben. Von der Stadt Dietzenbach wurden auch an zahlreiche Sozialhilfeempfänger Wohnungen vermittelt. Der Ausländeranteil (hauptsächlich US-Amerikaner) beträgt ca. 30 Prozent und ist im Ansteigen begriffen. Es

findet eine scharfe gegenseitige Abgrenzung zwischen den deutschen und den ausländischen Mietern statt. Unterschiedliche Verhaltensweisen und die Wohnlage begünstigen diese Entwicklung; hinzu kommt noch, daß die Angehörigen der US-Armee oft nur vorübergehend (ca. zwei Jahre) in den Wohnungen leben.

Die soziale Infrastruktur fehlt vollkommen. Es gibt keine Spielplätze, Gemeinschaftsräume, Verkehrsverbindungen usw. in unmittelbarer Nähe. Die Wohnbedingungen und besonders das Verhalten der Wohnungsverwaltungsgesellschaften hat Bewohner der Häuser dazu gebracht, eine Mietervereinigung Starkenburgring zu gründen. Die Mieter haben dadurch bereits erfolgreich unberechtigte Umlageforderungen der Gesellschaften abwenden können. Dabei geriet eine Wohnungsvermietungsgesellschaft in das Schußfeuer der öffentlichen Kritik aufgrund unseriöser Geschäftspraktiken (vgl. nachfolgenden Presseartikel: "FAUSTRECHT BEI SÜD-NORD").

Außerdem werden auch die Interessen der Mieter wirkungsvoll gegenüber den Institutionen der öffentlichen Verwaltung wahrgenommen und auch durchgesetzt. Darüber hinaus sollen durch gemeinsame Veranstaltungen die bedrückende Anonymität in den Wohnsilos gelockert werden.

Es gibt noch viel zu tun, packen wir's gemeinsam an!



Wie eine Wohnungsgesellschaft Mieten eintreibt.

## Faustrecht bei „Süd-Nord“

Ohne gerichtlichen Titel in Wohnung eingedrungen und ausgeräumt

Dietzenbach — Wenn Menschen in Not geraten — gleich durch welche Umstände — dann kann es vorkommen, daß sie die Miete nicht pünktlich bezahlen können. Sie geraten in Mietrückstand, und dann wird's peinlich. Vielen gelingt es zwar, das Steuer herumzureißen, sich mit dem Vermieter zu einigen, die fällige Summe abzustottern — in manchen Fällen allerdings geht's bergab. Die Prozedur, die dann abrollt, ist gesetzlich vorgeschrieben und erst nach Mahnungen, Mahnbescheiden, Kündigung und mit einem gesetzlichen Titel des Gläubigers kommt es zum Allerletzten, der Räumung. Die Dietzenbacher Wohnungsvermittlungsgesellschaft Süd-Nord IVV GmbH hat es

Die ungesetzliche Attacke begründen der Hausverwalter und der Chef der Süd-Nord-Gesellschaft in einem Schreiben an die Frau damit, daß man die Möbel sichergestellt habe, um die fällige Miete einzutreiben. Andernfalls, so steht's im Schreiben, werde die Gesellschaft die Möbel verkaufen.

● Am 5. Februar erst gelang es der Frau durch eine einstweilige Verfügung des Offenbacher Amtsgerichts, die Möbel unter der Aufsicht eines Gerichtsvollziehers wieder in die Wohnung stellen zu lassen.

● Alles hat sie, entgegen der Verfügung, bis heute offensichtlich jedoch noch nicht erhalten. Ilse Engel: „Mir fehlt noch eine Schreibmaschine, Bettwäsche, Unterwäsche und Kleider und Hosen. Die Leute, die die Wohnung ausgeräumt haben, haben mir auf meine Aufforderung hin noch am gleichen Tag lediglich einen Einkaufskorb voll Sommerkleidung zurückgegeben. Als der Gerichtsvollzieher mit der Spedition kam, die mir die Sachen wieder eingeräumt hat, fehlten die ganzen Sachen. Verschwunden sind auch persönliche Papiere, alles wurde durchgewühlt und anscheinend von den Leuten gelesen.“

Daß die Schreibmaschine bei der mittäglichen „Nacht- und Nebel-Aktion“ ebenfalls mit ausgeräumt wurde, dies bestätigte der Hausverwalter der Gesellschaft, Gassmann, in einem Gespräch mit dem Chef der Mühlheimer Spedition Hans Müller. Und Gassmann bestätigte noch mehr:

Müller: „Gassmann gab zunächst an, die Gesellschaft bewerte die Möbelstücke und verkaufe sie dann entsprechend. Dies werde immer so gemacht, wenn ein Mieter die Miete nicht zahlen könne. Er, Gassmann, versehe jedoch nur Gegenstände, die über 100 Mark Wert haben, mit Preisen. Auf die Frage nach der Schreibmaschine antwortete er, diese sei sowieso nicht über 100 Mark wert gewesen.“

Die Offenbach-Post befragte den Offenbacher Mietrichter R. Müller über die juristische Seite einer sol-

jedoch offensichtlich nicht nötig, dem vorgeschriebenen Pfad des Gesetzes zu folgen. Bedienstete der Firma drangen am 1. Februar gegen 13 Uhr ohne jegliche Rechtsgrundlage in die Wohnung der 34 Jahre alten Ilse Engel im Dietzenbacher Starkenburgring 98-100 ein und räumten in Abwesenheit der Mieterin den größten Teil der Möbel in einen verschlossenen Raum des Hauses. Ilse Engel ist mit zwei Monaten im Mietrückstand. Die Frau konnte während der Räumung intervenieren, der größte Teil der Einrichtung und die privaten Sachen waren jedoch bereits aus der Wohnung geschleppt.

chen, von der Süd-Nord-Gesellschaft praktizierten „Räumung“. Die Antwort ist kurz und klar: „In dem geschuldeten Fall hat die Firma nach Paragraph 858 BGB verbundene Eigenmacht ausgeübt, da sie ohne gerichtlichen Titel der Frau ihren Besitz entzogen hat. Dies ist unrechtmäßig.“

● Verwalter Gassmann und Gesellschaftsboß Heidmann begründeten der Frau in ihrem Schreiben auch, warum ihr die unrechtmäßig abgenommenen Sachen nicht noch am gleichen Tag wieder ausgehändigt wurden. Sie schreiben: „Sie meinten, daß wir nicht berechtigt wären, die sichergestellten Gegenstände eigenmächtig in Empfang zu nehmen. Daraufhin wurden sie ... handgreiflich und beschimpften uns in gemeiner Weise. Aufgrund dieser Tatsache sahen wir uns außerstande, ihnen weitere (außer den Sommerkleidern, die Red.) private Gebrauchsgegenstände auszuhändigen.“

● Am 4. Februar nun sprach die Firma die fristlose Kündigung aus. Und sie scheut sich nicht, in dem Schreiben vom selben Tag die Drohung auszustoßen, sie werde mit der gleichen Praxis erneut gegen die Frau vorgehen. In dem Schreiben heißt es weiter: „Sollten wir jedoch feststellen, daß die Wohnung nach dem 11. 2. nicht geräumt wurde, werden wir ohne jegliche weitere Aufforderung die Räumung selbst durchführen. Die sichergestellten Gegenstände werden veräußert...“

Ilse Engel, die 1. Mai des vergangenen Jahres aufgrund des Versprechens eines Bekannten, ihr in diesem Raum in seiner Firma einen Arbeitsplatz zu geben, nach Dietzenbach kam, dann jedoch sitzengelassen wurde, hat die Nase voll. Sie hat bereits einen Arbeitsvertrag mit einer Mainzer Firma unterschrieben, ihre Eltern haben bereits eine Wohnung in ihrer Heimatstadt in Aussicht.

Ilse Engel ist gelernte Industriekauffrau und aufgrund privater Querelen in Geldschwierigkeiten gekommen. Ilse Engel hat eine

neunjährige Tochter, die zur Zeit bei den Großeltern wohnt. Das Kind hatte Angst, nach der Süd-Nord-Aktion weiter in der nur noch provisorisch eingerichteten Wohnung zu wohnen. Das Kinderzimmer gleicht einem Trümmerhaufen und auch Spielsachen hat es keine mehr gehabt. Auch die wurden „sichergestellt“ und Hausverwalter Gassmann scheute sich nicht, auch diese Sachen als Druckmittel zu benutzen, als er schrieb: „Wir fordern sie auf, die Einrichtungsgegenstände (die nach der Intervention der Frau während der Räumung in der Wohnung geblieben waren, die Red.) herauszugeben. Erst nach Erhalt erhalten sie ihre notwendigen Privatgegenstände durch uns zurück (Textilien, Spielsachen, etc.)“

★

*Diese Form der Mieteintreibung ist Willkür, brutales Faustrecht. Die Öffentlichkeit wurde im Grunde genommen nur durch Zufall auf die Zustände in den Wohnsilos der Süd-Nord-Gesellschaft darauf aufmerksam. Wieviele Engels hat es schon davor gegeben, die nicht aufmuckten, sich duckten und das Unrecht eines modernen Raubritterturns über sich ergehen ließen?*

*Sicherlich nicht wenig, denn es scheint dort üblich zu sein, fremdes Eigentum zu verschachern. Der OP-Redakteur gab sich als Möbelkäufer aus und fragte einen Angestellten — hohe Herren waren nicht zu erreichen — nach billigen Einrichtungsgegenständen. Dieser antwortete: „Ja, hier kann man schon recht billig an Möbel kommen. Die haben Mietern gehört, die nicht ihre Miete zahlen konnten. Wo die Sachen sind, weiß ich nicht genau, die stehen verschlossen irgendwo in separaten Räumen. Da müssen Sie den Herrn Gassmann fragen.“*

*Jeglicher weiterer Kommentar erubrigt sich. Juristisch gewertet soll an dieser Stelle nicht werden — dies so scheint mir, ist eine Sache für den Staatsanwalt.*

KLAUS WENK

## PROJEKTGRUPPE LOHWALD / OFFENBACH:

Die Sozialarbeiter der Projektgruppe der Stadt Offenbach am Main sind für zwei soziale Brennpunkte zuständig, und zwar für die Lohwaldsiedlung am östlichen Stadtrand sowie die Siedlung im Lämmerspieler Weg.

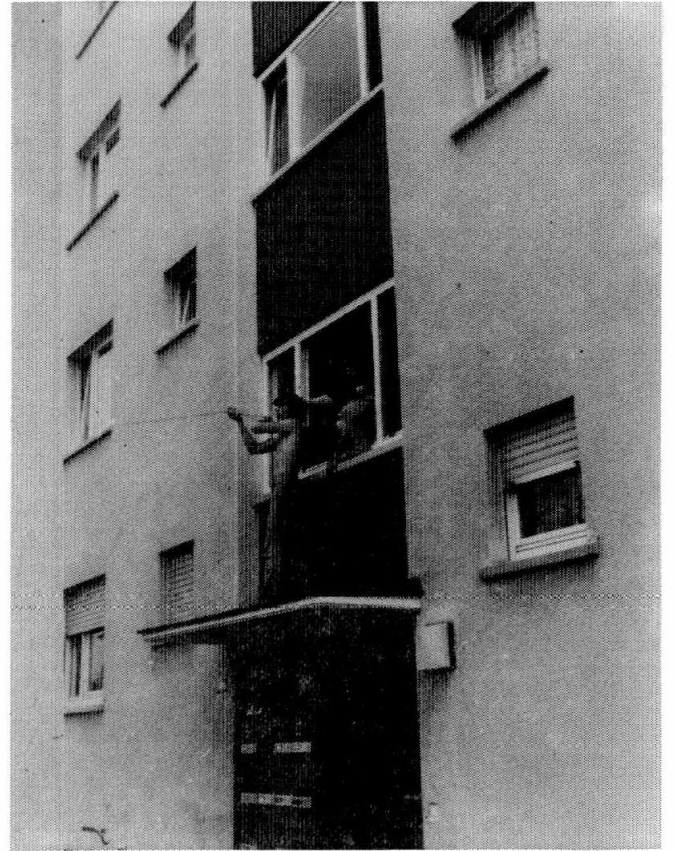
Zur Siedlung im Lämmerspieler Weg: hier wird Sozialarbeit auf Sparflamme praktiziert. Ein Sozialarbeiter soll hier die Sozial- und Lebensberatung in einer eigens dazu angemieteten Wohnung sichern. Pädagogische Gruppenarbeit mit Kindern oder Jugendlichen gibt es hier nicht. Die Gründe liegen nicht zuletzt an den fehlenden Räumen für diese Arbeit. Die Bewohner dieses Siedlungsteiles bemühen sich immer wieder, ihren Ärger über die demütigenden Behandlungsmethoden durch Verwaltungsbedienstete und Politiker 'runter zu schlucken und neuen Elan zu entwickeln. So hat sich erst vor kurzem eine Frauengruppe gebildet. In der angemieteten Wohnung wird gerade eine Leihbücherei eingerichtet, und es finden regelmäßig Bewohnerversammlungen statt, in denen konkrete Schritte vorbereitet werden, um die zahlreichen Probleme, die u.a. aus der isolierten Wohnlage resultieren, einigermaßen angehen zu können. Eine herausragende Aktion dabei war der öffentlichkeitswirksame Versuch zum Schutz der Kinder (innerhalb einer Woche waren hier fünf Kinder angefahren worden) eine Verkehrsberuhigung zu erreichen. Teil-

erfolge sind erreicht!!! Das Wichtigste aber dabei: das Gefühl von Zusammengehörigkeit ist stärker geworden, zumindest für die Lösung der Probleme, die hier alle angehen. Als nächster Schritt ist geplant in der Büro-Wohnung in der Siedlung einen Senioren-Club einzurichten, da den älteren Mitbürgern besonders schwerfällt, die Siedlung zu verlassen, um anderswo Abwechslung und Freizeit zu erleben.

Zur Lohwald-Siedlung: seit den ersten Anfängen im Jahre 1972 hat sich die Arbeit in der Lohwaldsiedlung zu einem eigenen Projekt des Sozialdezernates der Stadt Offenbach entwickelt. Heute werden unter dem Aspekt der Gemeinwesenarbeit umfassende Beratungs- und Betreuungsangebote gemacht: neben der allgemeinen Sozialberatung gibt es einen Kinderbereich, ab Mai 1980 kommt der neue Abenteuerspielplatz dazu. Für Jugendliche besteht der Jugendklub Lohwald mit seinen vielfältigen Interessengruppen. Die Erwachsenen finden sich in Gruppen (Frauengruppe, Mutter/Kind-Spielgruppe u.a.) zusammen. Die Senioren treffen sich regelmäßig im Altenklub. Dazu wird wöchentlich eine Wohnerversammlung abgehalten, um aktuelle Probleme, die es immer gibt, zu besprechen und um Bewohneraktionen vorzubereiten. Eine ganze Menge Arbeit also, wobei es nicht immer problemlos abgeht: wie wohl überall fehlen auch hier genügend Finanzmittel und Fachkräfte. Trotzdem wurden auch hier schon einzelne Erfolge erreicht, wie zum Beispiel



der Abenteuerspielplatz, die Sozialstation mit dem Kinder- und Jugendbereich, die Sozialberatung. Wichtig dazu war immer die Bereitschaft der Bewohner, sich diese Verbesserungen selbst zu erkämpfen und gemeinsam aufzubauen. Nur so kann es in Zukunft auch weitergehen, um die isolierte Randlage der Siedlung im Offenbacher Osten aufzulockern und die Diskriminierung der dort lebenden Bewohner zu vermindern.



Aktion:  
Verkehrsberuhigung  
(im Lämmerspieler Weg)



## BÜRGERINITIATIVE ESCHIG - OFFENBACH:

Im Gebiet des Eschig' wohnen in 149 Wohnungen insgesamt 430 Personen. Von diesen erhalten 176 Sozialhilfe (42 Prozent); die restlichen Personen erhalten fast ausschließlich Zuwendungen in Form von einmaligen Beihilfe. Eine schlechte Ausgangslage besteht aufgrund der hohen Rate von Arbeitslosen - darunter auch viele Jugendliche - die keine Aussicht haben, eine geregelte Arbeit zugewiesen zu bekommen. Die Berufstätigen aus der Siedlung verrichten überwiegend Hilfstätigkeiten aus, die lediglich Einkommen am Rande des Existenzminimums bringen. Fünf Familien leben bei uns als Obdachlose unter Aufsicht des Ordnungsamtes. Im Eschig leben zahlreiche ausländische Familien, vorwiegend Italiener und Araber, mit einem Anteil von 23 Prozent bezogen auf die Gesamtbevölkerung.

Die Häuser im Eschig und der Mühlheimer Straße wurden in einfachster Bauweise erstellt. Ohne gründliche Isolierung, man hatte einfach nicht genügend beachtet, daß die Siedlung auf einem trockengelegten Weiher errichtet wurde. Das hat zur Folge, daß immer wieder Häuser sich senken. Das bedeutet: Risse in den Wohnungswänden, immerwährende Feuchtigkeit durch aufsteigende Nässe, Schimmelbildung an den Wänden. Beim Bau der Wohnungen wurde nicht darauf geachtet, daß in allen Räumen ein Kaminanschluß vorhanden ist, so daß nicht genügend Öfen aufgestellt werden kön-

nen. Auch ist der Schnitt der Wohnungen so unglücklich, daß der größte Raum der Wohnung, der nicht beheizt werden kann, nur durch die Küche zu erreichen ist. Beim Bau wurde überall gespart, so wurde die Siedlung nicht einmal an das städtische Kanalnetz angeschlossen. Da die Gruben im Laufe der Jahre nicht besser geworden sind, stehen bei anhaltenden Regenfällen immer wieder die Keller unter Wasse. Das hat ebenfalls zur Folge, daß in der Siedlung unverhältnismäßig viele Ratten und anderes Ungeziefer anzutreffen ist.

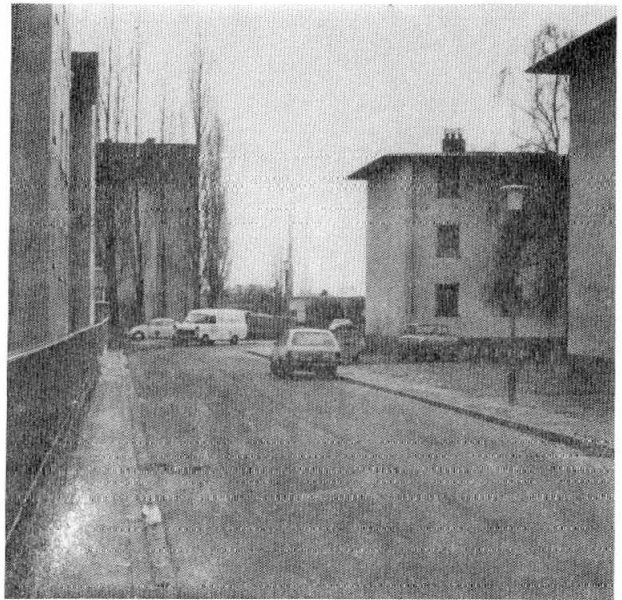
Von den 166 im Eschig lebenden Kindern sind 106 schulpflichtig. Davon gehen 28 Kinder in die Sonderschule und drei Kinder in die Realschule. Von den restlichen 75 Kindern, die zur Volksschule gehen, erreichen nicht alle den Hauptschulabschluß, sondern werden nach Erfüllung der Schulpflicht entlassen.

Nachdem in der Siedlung die Mißstände immer unübersehbarer wurden und die Bevölkerung energisch um Abhilfe gebeten hatte, wurde Ende 1974 eine Spiel- und Lernstube in einer 3-Zimmer-Wohnung im Eschig für ca. 300 Kinder und Jugendliche eröffnet. Schon damals wurde geplant, daß eine Sozialstation gebaut werden soll und die Spielstube nur eine vorübergehende Notlösung sein sollte. Im Sommer 1977 schlossen sich die Bewohner zu einer Bewohnerversammlung zusammen, die durch massive Intervention bei der Stadtverwaltung und den poli-

tischen Mandatsträgern auf die Misere im Eschig aufmerksam machte. Bis dato mit dem einzigen Erfolg, daß seitdem die Spielstube mit einer hauptamtlichen Kraft wieder besetzt ist. Wir wurden zwar immer angehört und alle im Stadtparlament vertretenen Parteien versprachen, sich für eine Verbesserung der Situation vor Ort einzusetzen. Leider ist bis heute so gut wie gar nichts passiert. Bisher fanden Anträge zur Strukturverbesserung des Wohngebietes im Stadtparlament keine Mehrheit. Deshalb bleibt der Forderungskatalog der Bewohnerschaft weiterhin hochaktuell und soll an dieser Stelle in Erinnerung gerufen werden:

1. Bau einer geeigneten Einrichtung für Kinder-, Jugend- und Erwachsenenarbeit im Eschig;
2. Anschluß an das städtische Kanalisationsnetz;
3. Sanierung des sogenannten Naturschutzgebietes hinter der Siedlung;
4. Sofortige Schließung der Notausfahrt auf dem Parkplatzgelände der benachbarten Firma;
5. Intensivere Betreuung durch die Spiel- und Lernstube;
6. Hausaufgabenbetreuung;
7. Sofortige Öffnung der Spielstube für Erwachsenenarbeit;
8. Weitere Sanierung der Wohnungen im Eschig;
9. Anerkennung als sozialer Brennpunkt;
10. Ausbau der Spielplätze;
11. Eigener Etat für die Aufbauarbeit in der Siedlung;
12. Anschaffung eines VW-Busses für die pädagogischen Arbeitsbereiche, ähnlich wie in anderen Einrichtungen der Stadt.

Neue Konflikte kündigen sich bereits an durch die geplante Betriebserweiterung einer Getränkefirma im Eschig. Nach bekanntgewordenen Plänen sollen zwei Wohngebäude abgerissen werden, in denen für die Mieter noch heute preisgünstiges Wohnen möglich ist.



Im Eschig ...



## KESSELSTÄDTER SPIELSTUBE / HANAU:

Die Kesselstädter Spielstube ist ein eingetragener Verein mit ca. 45 Mitgliedern und selbst Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) sowie in der LandesArbeits-Gemeinschaft (LAG) SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN e.V.

Die Spielstube (entstanden aus einem "Progressiven Kindergarten") arbeitet in dieser Form seit 1975 im Hanauer Stadtteil Kesselstadt, einem ausgewiesenen Sanierungsgebiet.

Von anfangs zwei offenen Spielnachmittagen für einige Kesselstädter Kinder, die überwiegend aus einkommensschwachen und sozial benachteiligten Familien (meist ehemalige Bewohner von Obdachosensiedlungen) kamen, haben sich sowohl Angebote als auch der betreute Personenkreis in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Dazu hat auch die angrenzende Weststadt - ein typisches Neubaugebiet mit mangelnder sozialer Infrastruktur - mit steigendem Bedarf an Hortplätzen, Beratungshilfen, Jugendarbeit usw. maßgeblich beigetragen, so daß sich mittlerweile rund 50 Prozent der Arbeit auf die dort wohnenden Familien bezieht. Inzwischen wird mit 43 Familien und insgesamt 150 Personen (54 Erwachsene, 33 Jugendliche, 42 Schulkinder, 21 Kleinkinder) zusammengearbeitet.

Die Kesselstädter Spielstube hat sich aus ihrem Selbstverständnis heraus zum Ziel gesetzt, die möglichst vollständige Betreuung von Familien aus dem Einzugsbereich zu gewährleisten.

Die Intention der Arbeit ist, mit der gesamten Familie zu arbeiten, um diese zielgerichtet zu unterstützen und zu fördern.

Um dies zu erreichen, umfaßt die Arbeit der Spielstube folgende Schwerpunkte:

- Kindergartenarbeit in einer Familiengruppe;
- individuelle Hausaufgabenbetreuung in Kleinstgruppen sowie Lernhilfen;
- offene Spielnachmittage für Kinder aller Altersstufen ("Haus der offenen Tür");
- feste Interessen- und Schwerpunkgruppen mit Kindern sowie Jugendlichen;
- Jugendabend;
- Elternabend und Elternsprechstunde;
- Müttergruppen;
- Familien- und Ferienfreizeiten;
- Ausflüge;
- Disco-Veranstaltungen;
- Theaterbesuche usw.

In der Kesselstädter Spielstube arbeiten zur Zeit fünf hauptamtliche Kräfte, zwei Zivildienstleistende, eine Jahrespraktikant sowie acht ehrenamtliche (stundenweise mitarbeitende) Kräfte in einem Team zusammen. Für alle Mitarbeiter sind die wöchentlichen Teambesprechungen, Fortbildungsveranstaltungen, Zusammenarbeit mit örtlich und überörtlich relevanten Institutionen obligatorisch und gehören zur Arbeitszeit.

Eines der größten Probleme ist die Finanzierung der Arbeit der Kesselstädter Spielstube, die alljährlich vor der gleichen Schwierigkeit steht, mit erheblichem Arbeitsaufwand die Finanzlücke schließen zu müssen. Zur Zeit wird die Einrichtung mit

Zuschüssen von der Stadt Hanau und Robert-Bosch-Stiftung (bis 30.06.81), kleineren Sachkostenzuschüssen des Hessischen Sozialministeriums, Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) und Bundesamtes für Zivildienst sowie mit Eigenmitteln (Kindergarten- und Vereinsbeiträge, Spenden, Geldbußen von Gerichten usw.) gefördert.

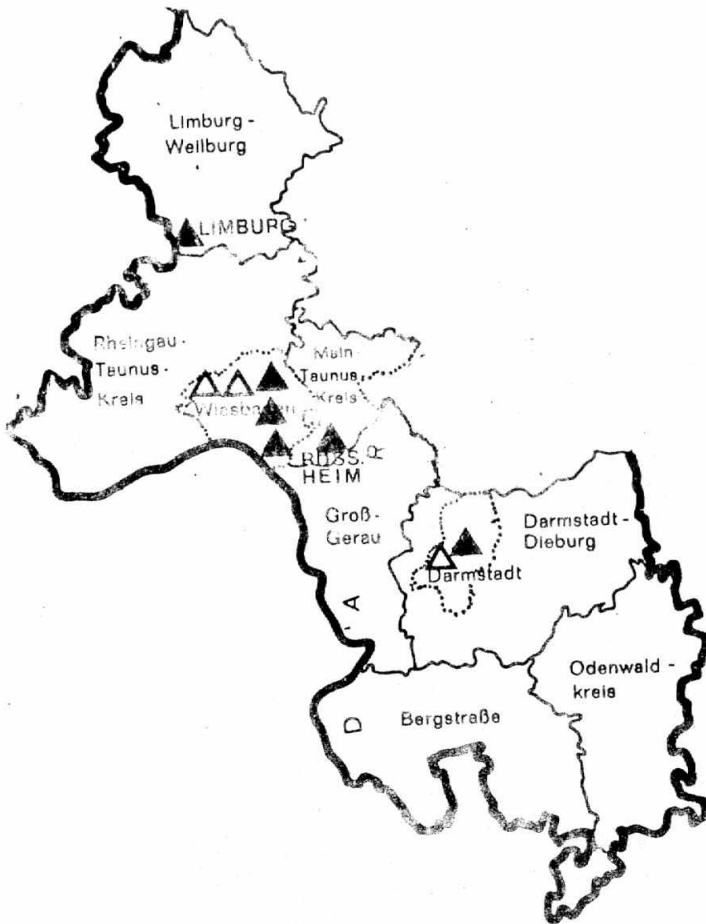
Eine längerfristige Absicherung des gesamten Projektes konnte bisher trotz vielfältiger Bemühungen leider nicht erreicht werden.

**Ganz schön keß,  
diese Untertanen**

## Strassenfest ...



# BEREICH HESSEN SÜD/WEST



PROJEKTGRUPPE MÜHLTAL / WIESBADEN:

Die Siedlung Mühlthal hat als Obdachlosensiedlung ihren "normalen" Standort am Rande der Stadt Wiesbaden, eingegrenzt von den Ausläufern der Gleisanlage des Hauptbahnhofes, einer Kläranlage, der Autobahn Wiesbaden - Frankfurt/Main, einer vielbefahrenen Ausfallstraße sowie einer Nebenstrecke der Deutschen Bundesbahn. Menschliche und funktionale Verbindungen zu anderen umliegenden Stadtteilen sind somit nur geringfügig möglich.

Diese örtliche Abgeschlossenheit, die materielle Vernachlässigung durch die Stadt Wiesbaden und der neuerdings wieder stärker ansteigende Strom von neuen Bewohnern (das heißt immer 'enger zusammenrücken') hat bei den Mühlthalern den Eindruck erzeugt, die Siedlung sei der letzte Abstellplatz gescheiterter, vernachlässigter und physisch und psychisch kranker Menschen. Sie liegen mit diesem Eindruck auch nicht verkehrt, denn im Rahmen der Wiesbadener Obdachlosensiedlungspolitik rangiert das Mühlthal an letzter Stelle, als letzter Lebensort des sozialen Abstiegs. Vor der Errichtung in Schlichtbauweise im Jahre 1967 existierte das Mühlthal schon seit vielen Jahren als Barackensiedlung, im allgemeinen Sprachgebrauch "Vorderberg" genannt. Schlichtbauweise heißt konkret, daß die Innenwände nicht verputzt sind (Tapeten müssen auf den nackten Ziegelstein geklebt oder diese einfach angestrichen werden -

zum Anbringen von Bildern oder ähnliches benötigt man Stahlnägel) und die Außenwände bis 1975 lediglich mit Spritzputz versehen waren, danach mit einfachen Rigips- oder Perlgipsplatten notdürftig isoliert wurden. Die Fenster sind ebenfalls in schlichte Rahmen eingepaßt, die häufig nicht dicht sind und die Zimmer zugig werden lassen. Durch die notdürftige Isolierung sind die Räume nur durch überdurchschnittliche Heizkosten oder durch Reduzierung der bewohnten Räume in der Winterzeit bewohnbar bzw. nur teilweise bewohnbar. Nur durch eine hohe Disziplin in Sachen heizen und lüften ist es zu verhindern, daß die Räume feucht werden. Da dies nur zum Teil geschieht, erhöhen sich die Krankheitsgefahren für die Menschen, die in diesen Räumen wohnen müssen (z.B. chronische Bronchitis, Nierenleiden usw.).

Die im Jahre 1975 durchgeführte Zwischensanierung hatte ihren bedeutendsten Zweck in der Anpassung der Wohnungsgröße an die vorhandenen Familiengrößen. Das hat zeitweilig zu einer spürbaren Erleichterung in der Wohnraumsituation geführt. Diese positiven Folgen sind allerdings jetzt wieder rückläufig, denn die Neueinweisungen haben in den letzten zwei Jahren wieder deutlich zugenommen, was notgedrungen zu Wohnraumreduzierungen in einzelnen Fällen führen mußte. Hier muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die Bewohner kein Recht auf eine bestimmte Größe der Wohnung haben und es ist abzu-

sehen, daß sich die Entwicklung wieder dem Stand vor 1975 nähern wird.

Bei der Zwischensanierung sind alle Außenwände mit Rigips- oder Perl-gipsplatten isoliert worden, nur sind diese Arbeiten in Hinblick auf die in den folgenden Jahren geplante Auflösung des Mühltales mit Mindestkostenaufwand durchgeführt worden, was nun im Jahre 1980 das Ergebnis zeigt, daß die Feuchtigkeit sich nun zwischen ursprünglicher Außenwand und Rigipsplatten wieder neu bildet und so dieser Teil der Zwischensanierung bald wieder funktionslos geworden ist.

Die damals wahlweise eingebauten Bäder oder Duschen waren sicherlich der sinnvollste Teil dieser Zwischensanierung. Geplant waren damals ebenso die Renovierung der Treppenhäuser sowie die Einrichtung von Kellern für jede Familie. Beim gutwillig begonnenen Projekt der Zwischensanierung blieb einmal mehr - und somit nicht ungewöhnlich - das Geld am Ende aus; einige Treppenhäuser blieben unrenoviert (und sehen heute katastrophal aus) und nur einige konnten einen Keller in Nutzung nehmen. Keller sind nun aber bei Wohnungen, die ausschließlich mit Kohle oder Öl beheizbar sind, in Winterzeiten der springende Punkt. Da außerdem einige Keller wegen stehendem Wasser fast unbrauchbar sind, hat das zur Folge, daß viele Familien schon aus diesen Gründen gezwungen sind, ihr Heizmaterial in kleinen und teuren Abpackungen zu

beziehen.

Zwar war der Stadt Wiesbaden das gesamte Dilemma der Beheizung der Wohnungen und den damit verbundenen Schwierigkeiten auch bekannt, doch bewies sie mit dem Wunsch, dieses Problem im Winter 1979/80 endlich anzugehen, wieder Halbherzigkeit. Im Herbst eröffnete man die Idee, für diesen (kommenden) Winter für alle Haushalte sogenannte Sägemehl-öfen in die Wohnungen zu stellen, weil Sägemehl billig sei und einen hohen Brennwert haben. Dazu ist anzumerken, daß auch dies wieder nach Sonderbehandlung und nicht nach Integrationsvorstellungen aussieht, denn wer in dieser Stadt heizt schon mit Sägemehlöfen? Die Öfen sollten im Dezember geliefert werden; Anfang Januar wurde dieses Vorhaben in einer Wiesbadener Tageszeitung angekündigt. Jetzt im April/Mai hat immer noch kein Sägemehlöfen den Weg ins Mühlthal gefunden. Bedauerlich für die Mühltaler: auch dieser Winter blieb für sie eine Problemsaison in bezug auf Heizung. Trockene Keller und ausreichende Kohlgeldbeihilfen, so scheint es, hätten die Heizungsprobleme im Mühlthal nachhaltiger im positiven beeinflussen können.

Die Gehwege in der Siedlung haben sich im Laufe der Jahre dem allgemeinen Zustand der Siedlung angepaßt. Früher geteert, ähneln sie heute eher ausgefahrenen Feldwegen. Ein Zustand, der gerade in Hinblick auf ältere Leute und winterlichen Zeiten gesundheitliche Gefahren mit sich bringt.



# Realität in der Landes- hauptstadt



Auch ansonsten stellt sich das Mühl-  
tal als ein Lebensgebiet dar, was  
sich wesentlich vom Üblichen unter-  
scheidet. In der Siedlung gibt es  
keine Verkaufsläden. Die Siedlungs-  
bewohner sind entweder darauf ange-  
wiesen, beim fliegenden Händler zu  
kaufen, der regelmäßig in der Sied-  
lung auftaucht und überteuerte Waren  
feilbietet, o d e r Großeinkäufe  
in der Stadt zu tätigen, die für die  
Rückfahrt immer wieder die Benutzung  
von Taxen notwendig machen. Um die-  
sen Zustand etwas entgegenzuwirken  
wurde auf Initiative des Bewohner-  
rates ein selbstbetriebener 'Konsum'-  
Laden eingerichtet.

Zum quasi "selbstverständlichen Miß-  
stand" ist das Fehlen jeglicher ärzt-  
licher Versorgung in der Siedlung zu  
zählen. Die nächste Telefonzelle ist  
ca. 600 m entfernt. Für ältere, geh-  
behinderte Menschen eine reale Bar-  
riere zwischen Mühltaler Innen- und  
städtischer Außenwelt.

Der Schulweg der Kinder ist beson-  
ders gefährdet. Er führt an der  
Seite der eingangs erwähnten Schnell-  
straße entlang und zwingt die Kinder

in der Mitte ihres Weges zur Über-  
querung einer vierspurigen Schnell-  
straße. In den letzten eineinhalb  
Jahren kam es zu drei Todesfällen  
von Kindern. Zwei starben auf ihrem  
Schulweg, ein Kind ertrank beim Spie-  
len innerhalb der Kläranlage.

Diese materiellen Bedingungen ihrer  
Isolation führen aber auch noch zu  
weiteren Folgen, die das Leben der  
Bewohner außergewöhnlich belasten,  
gesundheitlich gefährden und finan-  
ziell über die durchschnittlichen  
Lebenshaltungskosten treiben. Da  
sind zum Beispiel die Schwierig-  
keiten vieler Bewohner, bei Krank-  
heiten einen Arzt aufzusuchen oder  
nötige Krankenhausaufenthalte durch  
Nachlässigkeiten zu unterlaufen und  
die Tatsache, daß die Bewohner die  
Möglichkeiten günstiger Kaufangebote  
(Sonderangebote) durch fehlende In-  
formation und fehlender Transport-  
mittel (Busverbindung) kaum bis über-  
haupt nicht nutzen können.

Weiterhin führt die verlehnte und  
sandige Umgebung im Siedlungsbereich  
vor allem bei Kindern zu einem höhe-  
rem Beanspruchungs- und Verschmut-

zungsgrad der Kleidung und des Schuhwerkes.

Bei der Beschreibung der Siedlung muß das 1973 erbaute Zentrum am unteren Ende der Siedlung erwähnt werden. Hier wurde ein Kindergarten, Klub und Aufenthaltsräume für Bewohner eingerichtet. Stellen für Sozialarbeiter, die Jugendarbeit und Gemeinwesenarbeit zu bewältigen haben, und Arbeitsplätze für Erzieherinnen zur Betreuung des Kindergartens wurden geschaffen.

Die Bemühungen dieser Mitarbeiter kann jedoch die Isolierung der Siedlungsbewohner nicht aufheben. Die Mitarbeiter realisieren nur normale Notwendigkeiten der Infrastruktur, wie beispielsweise einen Kindergarten, oder versuchen, die drängendsten Probleme einzelner Bewohner im Rahmen von Gemeinwesenarbeit zu bearbeiten.

Der Pfarrer der Nachbargemeinde so-

wie einige seiner Mitarbeiter bemühen sich um Kontakte und Zusammenarbeit mit Siedlungsbewohnern, aber über eine recht gute Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Zentrums geht dieses Bemühen kaum hinaus.



Wie lange noch ?



BEWOHNERRAT MÜHLTAL / WIESBADEN:

*Was es heißt im Mühlthal zu wohnen?*

Wer im Mühlthal wohnt wird immer und überall diskriminiert. Das beginnt bei den Kleinen am ersten Schultag. Teils durch Lehrkräfte und teilweise durch die Eltern haben die Kinder, die nicht aus dem Mühlthal kommen, ihre Abneigung gegenüber den Mühltalkindern übernommen.

So kommt es bei den Kleinen oft schon zu Verhaltensstörungen. Nur ein geringer Teil der Kinder kann sein eigenes Ich retten, die anderen werden in der Schule kaputt gemacht. Sie bekommen Minderwertigkeitsgefühle oder werden aggressiv.

Viele Mühltalkinder werden dafür auch heute noch zur Sonderschule abgeschoben, so wird ihnen der Lebensweg verbaut und sie werden schon im Kindesalter für das Elend vorprogrammiert.

Man kann das gut verfolgen: erst in der Schule, und wenn die Kinder sie beendet haben und auf's Arbeitsamt gehen, dann geht es hier weiter. Denn es gibt so gut wie keine Lehrstelle oder Arbeit. Und wenn es dann doch einmal Arbeit gibt, so ist es ein schlecht bezahlter Arbeitsplatz als Hilfsarbeiter. Auch ist ein Teil der Jugendlichen immer arbeitslos und damit abhängig von Unterstützung.

Da wir auch alleinerziehende Mütter mit kleinen Kindern haben, müssen sie wohl oder über zum Sozialamt, um leben zu können. Und auch hier wird mit zweierlei Maß gemessen, denn die Un-

terhaltung mit Mühlhaltern ist immer anders als die mit Menschen, die nicht aus dem Mühlthal kommen. Da kann man wohl sagen, "der Ton macht die Musik"! Auch werden die Mühlthaler anders bezuschußt, als die außerhalb Wohnenden.

Auch für alte Menschen dürfte es wohl nicht gerade angenehm sein, im Mühlthal zu wohnen, weil das Mühlthal sehr abgelegen ist und den Alten, die ja zum Teil sehr schlecht zu Fuß sind, jede Möglichkeit zum Spaziergehen nimmt. Das gleicht einer Zwangsinhaftierung, denn im Mühlthal selbst können sie ja auch schlecht laufen. Es gibt keinerlei Anziehungspunkte für alte Menschen, zumal es im Mühlthal fürchterlich stinkt, denn das Mühlthal ist "eingebettet" von Kläranlage, Bahngleisen, Autobahn und Schnellstraße. Bei uns gibt es zwar ein Altentreff, aber da kann auch nur zweimal in der Woche etwas mit älteren Mitbewohnern gemacht werden, weil nicht genug Geld und Personal vorhanden sind. An einem Tag in der Woche ist Nachmittagskaffee und Basteln oder Kegeln. Alle zwei Tage ist Baden, da sich die älteren Menschen nicht alle mehr alleine baden können. Es gibt für die sehr gebrechlichen Alten auch Essen auf Rädern. Die Wäsche wird ihnen gewaschen, doch das ist ja wohl selbstverständlich. Trotz alledem kann man wohl kaum von einem schönen Lebensabend sprechen.

Die Stadt Wiesbaden sorgt dafür, daß die Mühlthaler immer schiefer angesehen werden, weil sie verstärkt Al-

koholiker oder Problemfamilien (die sich in anderen Siedlungen nicht halten können), das heißt Leute, die durch irgendeine Sache böse aufgefalle sind, ins Mühlthal steckt. Die Stadt macht damit bewußt eine Bewohnerarbeit kaputt. Auch gehen mit der Zeit die Sozialarbeiter vor die Hunde, denn es ist eine unheimliche Nervenbelastung, was die Stadt sich erlaubt zu machen. Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß Ausländerfamilien ohne Möbel und dergleichen ins Mühlthal eingewiesen wurden, und die Stadtverwaltung von der vor Ort tätigen Gemeinwesenarbeiterin verlangte, den Familien sofort Möbel zu beschaffen. Da wir jedoch keinen Raum zur Verfügung haben, in dem wir auch einmal Möbel für solche Fälle aufbewahren können, ist das bewußt ein Angriff auf die Gemeinwesenarbeiterin. Die Frau macht sich dabei kaputt, denn sie muß ja nicht nur in aller Eile Möbel ausfindig machen, sondern auch noch mithelfen beim Tragen. Man müßte die Stadt wirklich einmal fragen, was sie unter Gemeinwesenarbeit versteht!

**i.A. Alma Born**



## ARBEITSGEMEINSCHAFT SCHELMENGRABEN / WIESBADEN:

Neubausiedlung als "sozialer Brennpunkt" -  
ein Beispiel

Als "soziale Brennpunkte" werden Gebiete verstanden, in denen soziale Probleme in einer größeren Dichte sichtbar in Erscheinung treten als dies in den sonstigen Wohngebieten in der Regel der Fall ist. Diese Definition trifft für den Schelmengraben zu.

Einige Daten: Insgesamt 390 von ca. 2.800 Haushalten im Schelmengraben beziehen Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU), das sind 14 Prozent aller Haushalte. Im Vergleich hierzu sind auf die Gesamtbevölkerung Wiesbadens bezogen durchschnittlich 5 Prozent der Haushalte auf Sozialhilfe angewiesen.

32 Prozent der Haushalte im Schelmengraben erhalten Wohngeld, verglichen mit dem Bundesdurchschnitt der Wohngeldempfänger von 7,8 Prozent eine enorm hohe Zahl. Die Zahl der Familien, die aus Obdachlosensiedlungen in den Schelmengraben eingewiesen worden sind, beläuft sich nach unseren Informationen auf etwa 60.

Bei einer beträchtlichen Zahl von Arbeiterfamilien liegt der Verdienst des Haushaltsvorstandes nur sehr geringfügig über den Sozialhilferegelsätzen und droht wegen fortgesetzter Mieterhöhungen in diesem Wohngebiet ständig unter die Sozialhilferegelsätze abzusinken.

Im Schelmengraben wohnt also eine überdurchschnittlich hohe Zahl von Familien, deren finanzielle Einkommen sich an der behördlich festgesetzten Armutsgrenze bewegen.

Bei auffallend vielen Familien fehlt der männliche Haushaltsvorstand. Viele Mütter sind bei der Versorgung und Erziehung ihrer Kinder völlig auf sich allein gestellt.

Im Schelmengraben lebt eine erhebliche Zahl von Spätaussiedlern aus der Sowjetunion (ca. 45 Familien) und Polen, die zumeist große Schwie-

rigkeiten bei ihren Bemühungen haben, sich in die hiesigen ihnen völlig fremden Lebensverhältnisse hineinzufügen.

Noch größeren Schwierigkeiten sehen sich die zahlreichen ausländischen Familien gegenüber in ihrem Bestreben, sich in die deutsche Gesellschaft einzuleben.

Den niedrigen Einkommen sehr vieler Familien stehen nicht nur die hohen Mieten, sondern auch die relativ hohen Preise in den Läden des Einkaufszentrums gegenüber. Im Schelmengraben gibt es keine Billigläden. Mehr und mehr Familien haben Schwierigkeiten, ihre Miete zu bezahlen. Die Zahl der Räumungsklagen hat nach unseren Informationen in letzter Zeit zugenommen.

Der chronische Geldmangel droht in vielen Familien die Beziehungen zwischen den Ehepartnern und den Eltern und Kindern zu zerrütten.

Die Jugendarbeitslosigkeit im Schelmengraben ist hoch, desgleichen auch die Jugendkriminalität.

Die meisten Schelmengrabenbewohner leiden unter der Kontaktarmut in der Neubausiedlung. Die Gelegenheiten, andere Menschen kennenzulernen, sind angesichts der infrastrukturellen Unterversorgung des Wohngebietes gering: kein Jugendzentrum, kein Sportplatz, nur eine Kneipe, ein Cafe, eine Cafeteria (für ca. 8.000 Menschen).

Familien aus Obdachlosensiedlungen sind häufig in besonders starkem Maße lähmender Isolierung ausgesetzt. Ehemalige Obdachlosenfamilien werden häufig von finanziell besser gestellten Familien abgelehnt.

Primäre Zielgruppe für die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft bildet die Gruppe der einkommensschwachen Familien sowie Familien aus ehemaligen Obdachlosensiedlungen, Sozialhilfeempfänger- und Arbeiterfamilien. Zu ca. 100 Familien hat die Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben Kontakt.

Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft:

Die Aktivitäten der Mitarbeiter er-

strecken sich hauptsächlich auf Bemühungen zur Stärkung der einkommensschwachen Familien (Familienhilfe), Bemühungen zur Verbesserung der Bildungssituation schulschwacher Kinder (Schülerhilfe und Jugendarbeit), Bemühungen zur Überwindung der tödlichen sozialen Isolierung in der Siedlung (Humanisierung des Wohngebietes).

Und zwar schwerpunktmäßig ...

1. Bemühungen zur Stärkung der einkommensschwachen Familien (Familienhilfe) durch:
  - Beratung und Hilfen in Sozial-, Miet-, Arbeitsfragen usw.;
  - regelmäßige (monatlich zweimalige) Organisation von Einkaufsfahrten zu Billigläden;
  - Mietausschuß (einmal wöchentlich), der Mieter in Mietproblemen berät und die Interessenvertretung gegenüber der Neuen Heimat wahrnimmt;
  - Hilfen bei innerfamiliären Konflikten und Auseinandersetzungen mit Nachbarn (zum Beispiel Organisation von Hausversammlungen zur Lösung von Streitigkeiten unter den Mietparteien).
2. Bemühungen zur Verbesserung der Bildungssituation schulschwacher Kinder (Schülerhilfe):

Schülerhilfe mit dem Nahziel, die schulschwachen Kinder vor der Einweisung in Sonderschulen zu bewahren, und dem Fernziel, sie Kinder zu einem Hauptschulabschluß zu befähigen.

Die Schülerhilfe gliedert sich in:

  - Hausaufgabenhilfe, die täglich für 24 sonderschulgefährdete Kinder der zweiten, dritten und vierten Klasse jeweils eineinhalb Stunden lang in Gruppen stattfindet;
  - Hausaufgabenhilfe für Kinder, die nicht sonderschulgefährdet sind, aber eine Kontrolle ihrer Schulaufgaben benötigen;
  - Einzelnachhilfe für sonderschulgefährdete Kinder, die einer besonders intensiven Betreuung bedürfen.

Diese Schülerhilfe wird ergänzt durch tägliche Freizeitangebote.

Die Jugendarbeit wird von Studenten der Fachhochschule Wiesbaden betrieben. An dieser Jugendarbeit beteiligen sich vor allem die Jugendlichen, die aus der Schülerhilfe mit Beendigung der 5. Klasse ausgeschieden sind.

- Frauengruppe (14-tägig);
- Fußballverein (Beteiligung an den Punktspielen der B-Klasse);
- Nachbarschaftshilfe (in Form von Möbeltransporten, Reparaturarbeiten in den Wohnungen, Babysitting usw.);
- Siedlungsfeste (Kinderfest im Sommer unter Beteiligung von 400 Kindern und 200 Erwachsenen, Faschingsfest, Weihnachtsfeier usw.);



## Wohnkultur in Beton

Eine Gruppe von Jugendlichen hat unter Leitung eines Studenten eine Fußballmannschaft gebildet und trainiert einmal in der Woche. Spiele werden mit Mannschaften anderer Wohnbezirke ausgetragen.

Intensive Kontakte bestehen zu einer Gruppe von zehn arbeitslosen Jugendlichen. Es laufen Bemühungen, ihnen bei der Vermittlung in Ausbildungs- bzw. Arbeitsstellen behilflich zu sein.

Für die Zukunft öffnet sich hier der Jugendarbeit im Schelmengraben ein weites Feld.

3. Bemühungen zur Überwindung der tödlichen sozialen Isolierung in der Siedlung (Humanisierung des Wohngebietes) durch:
- Bewohnerversammlungen (wöchentlich);

- Sommerfreizeit für Kinder aus überwiegend kinderreichen, einkommensschwachen Familien;
- vielfältige Freizeitaktivitäten für Kinder (Ausflüge, gemeinsame Fahrten zum Baden, Schnitzeljagden, Fußballturniere, Grillfeste, Spiel-, Bastel-, Malnachmittage usw.).



Zukunft des Projektes:

Am 30. Juni 1980 läuft die Förderung des Projektes durch die Robert-Bosch-Stiftung aus. Für die Fortsetzung der Arbeit müssen nun andere Geldquellen (zum Beispiel höhere Zuschüsse durch die Stadt Wiesbaden und das Land Hessen) erschlossen werden.

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALER BRENN-  
PUNKT PRESBERGERSTRASSE / WIESBADEN:

Seit dem Jahr 1969 arbeitet die Arbeitsgemeinschaft Sozialer Brennpunkt e.V. in dem ehemaligen Obdachlosengebiet Schlangenbader Straße in Wiesbaden und unterhält hier eine Sozialstation mit Beratungsbüro und Versammlungsraum. Zwei Gemeinwesenarbeiter (für Jugend- und Erwachsenenarbeit) sowie eine Honorarkraft stehen den Bewohnern zur Verfügung. Im Wohngebiet gibt es sowohl Neubauten (anstelle der ehemaligen Obdachlosenunterkünfte) als auch noch Häuser aus den Jahren 1936 (Eberbacher Straße) und 1949 (Schlangenbader Straße). An die Stelle der Häuser in der Eberbacher Straße sollen laut Bebauungsplan vom derzeitigen Eigentümer, dem Nassauischen Heim, Neubauten errichtet werden. Diese Wohnungsbaugesellschaft hat in den letzten Jahren, vielleicht auch beeinflusst durch die hier bestehende Interessengemeinschaft Holzstraße/Eberbacher Straße, wenigstens die Häuser in der Holzstraße modernisiert. Allerdings blieb der Abrißplan für die 1936 entstandene Siedlung Eberbacher Straße bestehen. Die linke Straßenseite fiel in der letzten Woche dem Abriß zum Opfer. Es soll wohl noch in diesem Jahr mit dem Bau des ersten Wohngebäudes begonnen werden und dann im Zug-um-Zug-Verfahren weiter abgerissen werden. Und hier liegt nun eines der derzeitigen Probleme, die im Wohngebiet angegangen werden müssen. In den Resthäusern der Eberbacher

Straße Nummer 3 bis 35 wohnt eine Reihe älterer Stammmieter (zum Teil seit 1936), deren Wohnsituation sich dadurch zusehends verschlechtert hat, daß seitens des Eigentümers (Nassauisches Heim) Reparaturleistungen unterblieben. Der bevorstehende Abriß wurde dazu seit Jahren als Vorwand benutzt. Diese Gruppe der älteren Bewohner hat ein starkes Interesse, im Gebiet zu bleiben und ist zu einem Umzug in neue Wohnungen innerhalb des Wohngebietes bereit. Eine Versorgung mit beheizten Wohnungen ist auch in Hinblick auf die Alterssituation angezeigt, zumal die Wärmedämmung in den Resthäusern der Straße tendenziell schlechter wird. Ähnlichen Wohnbedarf an beheizten Unterküften haben auch ältere oder behinderte Einzelpersonen in den Häusern der Schlangenbader Straße Nummer 18 bis 24 und Presbergerstraße Nummer 2 bis 4. Um das Geflecht der alten Zusammenhänge der Wohnanlage Eberbacher Str. teilweise zu erhalten, sollte der Versuch gemacht werden, daß wenigstens ein Großteil in die Neubauten übersiedeln kann. Dazu sollte es eine politische Entscheidung geben mit dem Ergebnis, daß die Mieten der Erstmieter in den Neubauten so kalkuliert sein müssen, daß sie eine Verdoppelung der jetzigen Durchschnittsmieten in der Eberbacher Str. nicht übersteigen. Über einen Härtefond sollte sichergestellt werden, daß jene Kleinrentner, die sich jetzt in ihrer Lebensführung über dem Sozialhilfeniveau bewegen, durch die

erhöhte Mietbelastung aber auf das Sozialhilfeniveau herabgedrückt werden, ohne damit sozialhilfeberechtigt zu werden, Ausgleichszahlungen zufließen können, sofern die Wohngeldregelungen die erkennbare Härte nicht auffangen.

Ein weiterer Problembereich im Wohngebiet ist das fehlende Jugendzentrum, von der Stadt dem Verein seit Jahren zugesichert. Hierzu gibt es zwar neue Pläne, auf der Grünfläche, die durch den Abriss der Eberbacher Straße entsteht, ein Pavillon für die Jugendarbeit zu errichten, aber es gibt dazu noch keine endgültige Entscheidung des Magistrates. Der Jugendpfleger muß hier seit Jahren eine Arbeit ohne Räumlichkeiten leisten; ein fast unerträglicher Zustand.

Da im Wohngebiet vorwiegend ältere Menschen, alleinerziehende Mütter, und Großfamilien leben, wurden von der Arbeitsgemeinschaft auch Projekte wie der Seniorenclub, die Frauengruppe, der Spielkreis für Mütter mit Kleinkindern, die monatlichen Bewohnerversammlungen und die Interessengemeinschaft Holzstraße=Eberbacher Straße initiiert. Diese Gruppenarbeiten nehmen einen großen Raum ein neben der Beratungsarbeit und Bewohnerarbeit.

**W**iesbaden, Eberbacher Straße. Sucht man sie und fragt an der nahegelegenen Dotzheimer Straße, kommt meist ein Achszucken. Bestenfalls ein „irgendwo links von der Holzstraße“. Die Eberbacher Straße ist nur wenige hundert Meter lang, rechts und links neun Häuserblocks in „Einfachbauweise“, zweigeschossig, rund 50 Jahre alt. Sie gehören – bis auf einen – der Siedlungsgemeinschaft „Nassauisches Heim“, Hauptsitz Frankfurt.

Hier wohnen viele alte Menschen, kinderreiche Familien, Ausländer. Seit rund einem Jahr stehen zwei der Häuserblocks leer. Genausolange hat die Eberbacher Straße auch ihre „Attraktion“: zwei Häuserblocks, die aussehen wie nach einem Fliegerangriff im 2. Weltkrieg. Eine sehr fragwürdige Attraktion also, an der sich weder Stadtverwaltung noch „Nassauisches Heim“ sonderlich stören.

„Nachts kam ein Bautrupps und hat alles rausgeholt, was man noch gebrauchen konnte“, erzählt eine Bewohnerin, die das Desaster täglich vor Augen hat. Dann kamen Jugendliche und schlugen alles kurz und klein. Der eine Dachstuhl wurde inzwischen abgetragen, der andere steht noch. Hauseingänge wurden zugemauert, später wieder aufgebrochen. Von wem, weiß keiner. Inzwischen haben sich Nachmieter in großer Zahl eingefunden: Ratten. Auch hier sehen Stadtverwaltung und „Nassauisches Heim“ tatenlos zu. Es kam lediglich die kurze Mitteilung, die Rattenbekämpfung sei auf einem ungesicherten Grundstück wegen der Gefährdung Dritter unmöglich.

So dümmert die Eberbacher Straße weiter vor sich hin, mittendrin zwei Ruinen, die auch in absehbarer Zukunft noch stehen werden. Denn wie es weitergehen soll in dieser Straße, weiß niemand.

Von Abriss zumindest der einen Häuserreihe ist schon seit Jahren die Rede. „Sanierung lohnt sich nicht“, ließ es immer

wieder in der Frankfurter Siedlungszentrale in den Mauern ist der Schwamm, der kurz bröckelt die Fenster sind unecht. Doch vermauert wird weiter.

Einen Lichtblick gab es jetzt kurz vor Weihnachten: Da kaufte die Stadt Wiesbaden den Häuserblock, der unten an der Kindertagesstätte liegt dem „Nassauischen Heim“ ab. Er ist einer der beiden verwüsteten. Hier soll – auch nach Wunsch von Ortsbeirat und Arbeitsgemeinschaft Sozialer Brennpunkt – einmal ein Jugendzentrum entstehen.

Doch damit zängen die Probleme auch schon wieder an. Denn das total verrottete Haus ist im jetzigen Zustand nicht mehr zu nutzen. Abreißen und Neubauen aber verbietet der Bebauungsplan, der hier eine Grünfläche vorsieht.

Bürokratische Beschlüsse, die sich selbst im Weg stehen, könnten umgangen werden, indem man lediglich Dach und Obergeschoß abträgt, das Erdgeschoß aber stehenläßt. Das wäre dann weder Totalabriss noch Neubau. Die Experten in der Bauverwaltung wollen prüfen, ob dieser Weg beschritten werden kann. Ob die Juristen im Stadtentwicklungsdezernat da mitmachen, bleibt offen.

Offen bleibt auch, wann die zweite Ruine abgerissen und damit ein unhaltbarer Zustand beendet wird. Die Bewohnerin eines angrenzenden Neubaus meinte resigniert: „Ich mache schon nicht mehr die Gerdäner weg, damit ich nicht dauernd dieses Trümmerfeld vor Augen habe“.

CHRISTOPH RISCH

**aktuell**

**Eberbacher Straße: Wohnen zwischen Trümmerhäusern**  
Skandalöse Zustände / Doch Behörden und Hausbesitzer bleiben tatenlos / Abrisstermin noch ungewiß

WIESBADENER KURIER

LOKALE NACHRICHTEN

Jan. 1980



## PROJEKTGRUPPE SOZIALER BRENNPUNKT FINKEN- UND AMSELWEG / LIMBURG:

Im Sozialen Brennpunkt Finken-/Amselweg in Limburg leben gegenwärtig ca. 300 Menschen. Die vor Ort tätige Projektgruppe besteht zur Zeit aus vier hauptamtlichen Fachkräften (drei Sozialarbeiter, eine Erzieherin), ein Zivildienstleistender, eine Vorpraktikantin und zehn nebenamtlichen bzw. ehrenamtlichen Mitarbeitern (Studenten, Schüler, eine Sozialpädagogin). Trotz zahlreicher Rückschläge zeigen sich nunmehr sichtbare Erfolge; die kontinuierliche Arbeit über Jahre hinaus trägt jetzt Früchte.

Gemeinsam mit Bewohnern wurde ein Bolzplatz angelegt und das Gelände für einen Abenteuerspielplatz "abgesteckt". Einen Hauptschwerpunkt der Arbeit bildet allerdings die Sanierung und Modernisierung der Wohngebäude in der Siedlung. Das umfangreiche Sanierungsprogramm kann als beispielgebend bezeichnet werden.

Einiges zur Vorgeschichte:

Im Februar 1978 beschloß die Stadtverordnetenversammlung, daß das Wohngebiet Finken-/Amselweg saniert werden soll. Dazu wurde vom Magistrat eine Sanierungskommission berufen, in der auch Vertreter der Bewohner und der Projektgruppe mitarbeiteten. Das von Bewohnern und Projektgruppe entwickelte Konzept zur Sanierung sieht im Wesentlichen folgende Schwerpunkte vor:

1. Modernisierung und Umbau der vorhandenen Wohngebäude;

2. Neubau von familiengerechten Großraumwohnungen;
3. Ausbau der sozialen Infrastruktur;
4. Integration des Wohngebietes in den benachbarten Stadtteil.

In der Zwischenzeit sind schon einige Maßnahmen angelaufen, zum Beispiel Einbau von lärm- und wärmedämmenden Fenstern, Gutachten zur Bausubstanz und Modernisierung der vorhandenen Wohnblocks sowie Befragung der Bewohnerschaft.

Für die Gesamtsanierung des Wohngebietes ist ein Zeitraum von ca. fünf Jahren vorgesehen.

Einen Einblick in die Schwerpunkte, Probleme und das Vorgehen zur Sanierung gibt der folgende Stichwortkatalog:

### I. SANIERUNG

1. Modernisierung und Umbau der vorhandenen Wohnblocks Finken- und Amselweg, und zwar
  - Wärme- und Lärmisolierung,
  - feuchtigkeitsdämmende Maßnahmen,
  - Wohnraumvergrößerung,
  - Heizung.Maßnahmen: Fenster, Türen, Fassadenisolierung, Heizung, Kamine, sanitäre Einrichtung, Installationen, Wohnungserweiterung durch Entfernen von Zwischenwänden usw.
2. Neubau von familiengerechten Großraumwohnungen
  - Gelände,
  - Finanzierung,
  - Bauträger.
3. Ausbau der sozialen Infrastruktur
  - Bolzplatz,
  - Abenteuerspielplatz,
  - Gemeinschaftseinrichtungen.
4. Eingliederung des Wohngebietes im benachbarten Stadtteil

- Stadtteilentwicklungsplan für den Stadtteil Brückenvorstadt,
- Wohngebiet Offheimer Höhe.

## II. PROBLEME

1. Einweisungsstopp von Obdachlosen in die Siedlung
  - Entwicklung von Alternativen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit.
2. Zukünftiger Status der Siedlungsbewohner
  - Mieter oder Obdachlose.
3. Standort
  - Neubauten und Abenteuerspielplatz.
4. Nutzungsgebühren/Mieten
  - Mietgarantien,
  - Subventionierung von Mieten,
  - Wohnbesitzbrief/Wohnungseigentum.
5. Ausweisung als förmliches Sanierungsgebiet gemäß Städtebauförderungsgesetz.

## III. VORGEHEN

1. Wohngebietsanalyse Finken-/Amselweg
  - Sozialdaten usw.
2. Gutachten einer unabhängigen Architekten zur vorhandenen Bausubstanz und zum notwendigen Umfang der Sanierung.
3. Wer wird Sanierungsträger bzw. Bauträger.
4. Ermittlung von Finanzierungsmöglichkeiten zur/zum
  - Sanierung,
  - NeubauAusschöpfung evt. Modellmaßnahmen unter besonderer Berücksichtigung des Erwerbs von Wohnbesitz.
5. Kurzfristige Maßnahmen  
Priorität: Innenausbau vor Fassadenverschönerung.
  - Einbau von lärm- und wärmeisolierenden Fenstern,
  - Ausbau Bolzplatz in Selbsthilfe,
  - Baubeginn Abenteuerspielplatz.
6. Bewohnerbeteiligung
  - aktivierende Befragung,
  - Öffentliche Kommissions-sitzungen.
7. Offenlegung der gültigen Be-

- bauungspläne östlich und westlich des Offheimer Weges.
8. Kontaktaufnahme mit anderen Sanierungsträgern in sozialen Brennpunkten
    - Marburg, Frankfurt, Offenbach und Wiesbaden.

Neben der Wohngebietsarbeit sind die Mitarbeiter der Projektgruppe in folgenden Bereichen kontinuierlich tätig:

- Kinderarbeit (Klein- und Vorschul- sowie Schulkindergruppen mit Gewichtung auf Hausaufgabenbetreuung, Fördermaßnahmen und lernorientiertes Spielen; Kinderfreizeiten);
- Jugendarbeit (Schülergruppe, Angebote für ältere Jugendliche);
- Frauengruppe;
- Fußballverein;
- Altenbetreuung;
- Familien- und Einzelberatung;
- Öffentlichkeitsarbeit;
- Kontakte zu Behörden, Parteien und Schulen;
- Verwaltungsarbeiten;
- Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen;
- überregionale Zusammenarbeit (LAG, Landesjugendamt);
- Bewohnerarbeit (Bewohnerrat und Bewohnerversammlungen).

Die Projektgruppe arbeitet in korporativer Trägerschaft des Caritasverbandes Limburg. Finanziert wird die Arbeit durch Caritasverband, Stadt Limburg, Landkreis Limburg/Weilburg, Land Hessen und Landeswohlfahrtsverband (LWV) Hessen.



## ARBEITSGRUPPE GEMEINWESENARBEIT IM STADTTEIL ARHEILIGEN / DARMSTADT:

Das Wohngebiet Rodgaustraße/Messeler Straße liegt am Rande des Darmstädter Stadtteils Arheiligen. Es besteht aus vier verschiedenen Wohnbereichen, die sich entsprechend ihrer Errichtung baulich und auch in ihrer Bewohnerstruktur unterscheiden. Insgesamt wohnen hier etwa 150 Familien (= ca. 570 Personen).

- Um 1930 wurden die nicht-unterkellerten, eingeschossigen "Flachbauten" mit 33 Wohneinheiten gebaut. Heute leben hier hauptsächlich alte Menschen.
- In den 50er Jahren wurden durch die Stadt Darmstadt bzw. dem Arbeiterbauverein drei 2-geschossige Wohnblöcke mit 28 Wohneinheiten errichtet, die sich in zum Teil mangelhaftem baulichen Zustand befinden. Hier leben ältere Ehepaare, alleinstehende alte Menschen und kleine Familien.
- Anfang der 60er Jahre errichtete der Arbeiterbauverein 3 - 4geschossige Blöcke mit 52 Sozialbauwohnungen. Hier wohnen überwiegend kinderreiche Familien. Durch die vermehrte Einweisung ausländischer Familien kommt es zu Verständigungsproblemen und Konflikten unter den Mietern.
- 1972 baute der Arbeiterbauverein drei Wohnblöcke in Schlichtbauweise, die heute von der Stadt verwaltet werden. Durch Zusammenlegen der 45 Wohneinheiten wohnen hier jetzt insgesamt 32 Familien mit bis zu acht Kindern pro Familie. Der Ausländeranteil (verschiedene Nationalitäten) beträgt 8 Prozent.  
Auch hier ist der bauliche Zustand schlecht, doch wurden in den letzten Jahren - aufgrund von Aktivitäten von Bewohnern - einige Verbesserungen vorgenommen.

In ihren Bemühungen werden die Bewohner von den im Wohngebiet tätigen So-

zialarbeitern und anderen Institutionen unterstützt. Außer dem Einbau neuer Fenster, Heizungen und der Renovierung der Bäder in den "Schlichtbauten", wurden noch weitere Verbesserungen im Wohngebiet erreicht: im letzten Jahr wurde das seit längerem geforderte und geplante Kinder- und Jugendhaus eröffnet; ein Spielplatz wurde errichtet, auf dem bereits Spielaktionen stattfanden (aus personellen Gründen können die Spielangebote vorläufig nicht weitergeführt werden); zur Zeit wird die alte Lernstube - in weitgehender Eigeninitiative der Bewohner - zu Gemeinschaftsräumen ausgebaut.

In unregelmäßigen Abständen werden Bewohnerversammlungen einberufen, um wichtige Dinge zu besprechen und weitere Vorgehensweisen abzuklären. Es werden auch Informationsveranstaltungen durchgeführt, zu denen die Bewohner zuständige Institutionen, Politiker, Parteien und auch Interessierte einladen.

In etwa vierteljährlichem Abstand erscheint eine Wohngebietszeitung, die von Bewohnern und Sozialarbeitern erstellt wird. Darüber hinaus wird Öffentlichkeitsarbeit betrieben in Form von Presseartikeln, Flugblättern, Informationsständen und Informationsveranstaltungen.

Im Wohngebiet gibt es einzelne Gruppen, die sich regelmäßig treffen, wie z.B. die Frauengruppe oder eine Gruppe, die sich mit Sozialhilfefragen beschäftigt.

Es wird aber nicht nur gearbeitet, sondern auch gemeinsam gefeiert. So

ist zum Beispiel das alljährlich im Sommer stattfindende Bewohnerfest mit Basar, Buden und allem was dazu gehört inzwischen zur Tradition geworden.

Das Wohngebiet Rodgaustraße/Messeler Straße hat auch Kontakte zu anderen sozialen Brennpunkten in Darmstadt.

Aufgrund der Mitgliedschaft in der LandesArbeitsGemeinschaft (LAG) SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN e.V. ergeben sich zusätzliche Kontakte, die über Darmstadt hinausreichen. Diese können in überregionalen Arbeitsgruppen oder Aktionen sowie auf Tagungen intensiviert werden.

G  
E  
G  
E



N S Ä T Z E .....



Darmstadt  
Projekt  
Rodgaustraße

## SOZIALKRITISCHER ARBEITSKREIS DARMSTÄDTER BÜRGER / DARMSTADT:

Der "Sozialkritische Arbeitskreis Darmstädter Bürger e.V." ist 1970 aus der Arbeit der Evangelischen Studentengemeinde hervorgegangen. Zusammen mit interessierten Darmstädter Bürgern begannen die Studenten in einem Darmstädter Obdachlosengebiet zu arbeiten und eine Beratungsstelle für Griechen und Türken einzurichten. Die Beratungsstelle für Ausländer war dabei von Anfang an international konzipiert, und sie war darauf aufgebaut, daß die Ausländer dabei zunehmend lernen, sich zur Vertretung ihrer Interessen selbst zu organisieren und einen Teil der Beratungsarbeit in eigene Regie zu übernehmen. Im Laufe dieser Arbeit, die auch von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begleitet war, wurde deutlich, daß zusätzlich zur Beratungs- und Vertretungsfunktion auch noch konkrete Hilfsangebote nötig sind. Deshalb wurde die "Internationale Lern- und Spielstube" eingerichtet. Im Verlauf einer stürmischen Aufwärtsentwicklung konnten aufgrund entsprechender Finanzförderungen hauptamtliche Mitarbeiterstellen sowie ein Beratungszentrum für Sozialberatung geschaffen werden. Die Einrichtungen liegen nahe der Darmstädter Innenstadt und sind von der Zielgruppe gut zu erreichen.

Die Einrichtung verfolgt folgende Arbeitsschwerpunkte:

### 1. Kinderarbeit im engeren Sinne:

- Verbesserung der Ausgangschancen auf dem Gebiet der

Schulleistungen, der Sprache und der sozialen Interaktion.

- Soziale und emotionale Orientierungshilfen bei den spezifischen Identitätsproblemen ausländischer Kinder.
- Verbesserung des individuellen und des kollektiven Bewußtseins von den spezifischen Kulturgütern des eigenen Herkunftslandes.
- Befähigung zu offener und fairer Konfliktbewältigung, zu solidarischem Verhalten gegenüber Gleichaltrigen und Schwächeren und zu wachsender demokratischer Selbststeuerung der verschiedenen Bedürfnisse der Kindergruppe.

### 2. Elternarbeit und Schulkontakte:

- Motivierung der Eltern, ihre Interessen gegenüber Schulen und Behörden bewußt zu vertreten und Unterstützung bei den ersten Versuchen.
- Aufklärung über verschiedene Aspekte des deutschen Erziehungssystems und Bildungsgütes, so daß die Eltern befähigt werden, die neuen Verhaltensweisen und Interessen ihrer Kinder besser zu begreifen.
- Hilfe und Beratung bei Problemen, die am Arbeitsplatz, in der Wohnung, in der Familie usw. auftauchen.
- Einbeziehung der Eltern in den Aufbau von Gruppen, die sich innerhalb des Internationalen Zentrums mit bestimmten sozialen Problemgebieten befassen bzw. sich als Freizeit- und Kulturgruppen betätigen wollen.

### 3. Beratungsarbeit und aktivierende Gruppenarbeit mit Ausländern

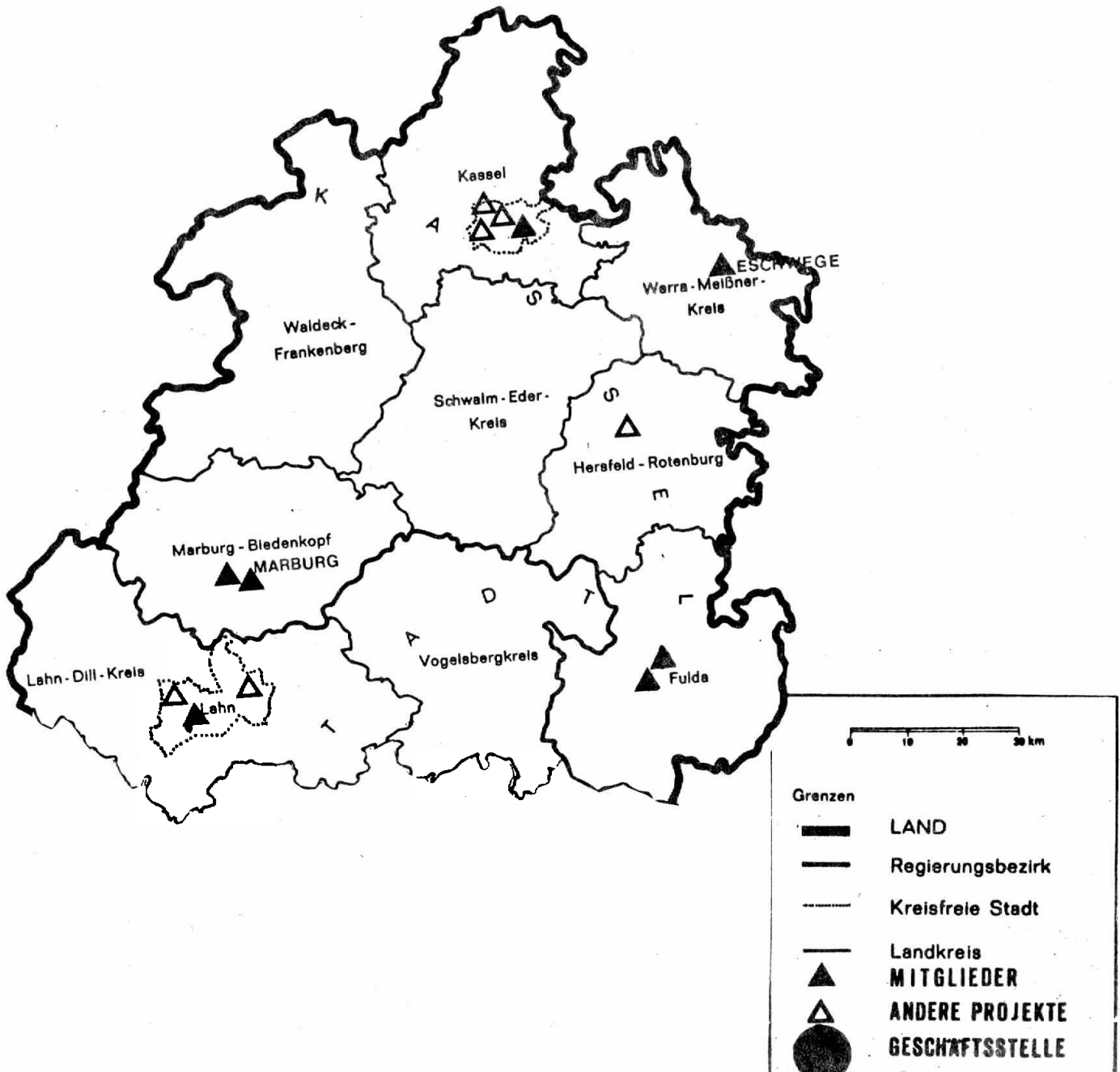
### 4. Kooperation und Verbindung mit anderen einschlägigen Projektgruppen und Institutionen.

### 5. Projektinterne Auswertung und Theorie-Praxis-Reflexion, wissenschaftliche Beratung und Begleitung durch Fortbildung.



# BEREICH

## HESSEN MITTE/NORD



## PROJEKTGRUPPE MARGARETENHÜTTE / GIESSEN:

Seit sieben Jahren leistet die Projektgruppe Margaretenhütte e.V. Sozialarbeit (Gemeinwesenarbeit) im sozialen Brennpunkt Margaretenhütte. Eine Obdachlosensiedlung am Rande der Stadt, in der etwas über 300 Personen; davon ca. 70 Kinder und etwa 80 Jugendliche sowie Heranwachsende, leben.

Der Verein beschäftigt zur Zeit fünf fest angestellte Mitarbeiter auf insgesamt dreieinhalb Planstellen, einem Zivildienstleistenden sowie drei Praktikantinnen. Die hauptamtlichen Kräfte werden unterstützt von studentischen Mitarbeitern.

Finanziert wird die Arbeit der Projektgruppe vom Land Hessen, der Stadt Gießen und vom LandesWohlfahrtsverband Hessen.

Die in einer breiten Öffentlichkeit anerkannte Arbeit der Projektgruppe wird einerseits wesentlich behindert durch die Enge und Reparaturanfälligkeit der Arbeitsräume; andererseits wird die Arbeit beeinträchtigt durch die jedes Jahr aufs Neue zu niedrig bewilligten Förderungsmittel der öffentlichen Hand.

Ein lange geplanter und sogar genehmigter Neubau eines Gemeinschaftszentrums kann nicht beginnen, weil die Stadt ihren Finanzierungsanteil aus dem Haushaltsplan des laufenden Jahres wieder herausgenommen hat. Zentrale Ansatzpunkte für die Gemeinwesenarbeit vor Ort sind:

- die infrastrukturell unterversorgte, isolierte Randlage der Siedlung (keine Busverbindung zur Innenstadt, keine Telefonzelle, weite Wege zu Behörden und Ämtern, unzureichende Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitangebote u.a.);
- die miserabel bauliche Ausgestaltung und Substanz der Wohnungen;
- die hohe konjunkturelle wie auch strukturelle Arbeitslosigkeit;
- der hohe Anteil von Sozialhilfempfangern unter den Bewohnern und die damit verbundenen sozialen und psychischen Probleme;
- die defizitären Sozialisationsbedingungen für alle Altersstufen.

Die anstehenden Aufgaben verteilen sich über vier Arbeitsbereiche, und zwar:

- Spielstube:  
Die Kinder werden in einem weitgehend repressionsarmen Rahmen mit Grenzen und Regeln des Zusammenlebens in Gruppen vertraut gemacht.  
Über Malen, Bewegungserziehung, Sprachförderung, Rollenspiele, Ausflüge usw. wird dabei auf Themen wie Gesundheit, Verkehr, Familie, Jahreszeiten und ganz allgemein auf die zu stärkende Selbständigkeit der Kinder eingegangen; Ausflüge sollen den Kindern ihre Umwelt näherbringen. Der regelmäßige Kontakt zu den Eltern dient der Weitergabe der in der Spielstube gegebenen Anregungen in die Familien hinein. Leider stehen in der Spielstube je Kind nur 3,5 Quadratmeter Spiel- und Lernfläche zur Verfügung. Weder gibt es kindgerechte Toiletten noch Waschbecken, ganz zu schweigen von einer Küche für Kochunterricht und Verpflegung.

- Hausaufgabenhilfe:

Mit kontinuierlicher Hausaufgabenhilfe wird den Kindern täglich die Möglichkeit gegeben, in Ruhe ihre Aufgaben zu erledigen. Aufgrund regelmäßiger Hilfestellung werden bessere Leistungen und größere Befriedigung in der Schule erreicht. Die Chance, in der Schule weiterhin mitzukommen, wird erhöht. Teilweise können Einweisungen in die Sonderschule verhindert werden. Die Erfolge sind auf spezifische Angebote zurückzuführen, die sich an Bedürfnissen der Kinder orientieren und zunächst fundamentale Kulturtechniken vermitteln. In freiwilliger und spielerischer Form werden soziales Lernen, Erfahrungen mit der Umgebung, handwerkliche sowie technische Fertigkeiten und andere lebensrelevante Dinge eingeübt. Die einmal im Jahr stattfindenden 14-tägigen Ferienfreizeiten fördern Selbständigkeit und Zurechtfinden in dem sozialen Umfeld außerhalb der Siedlung.

- Jugendarbeit:

Im Vordergrund stehen hauptsächlich Beratung und Hilfe bei konkreten Schwierigkeiten, die Bearbeitung sozialer Konflikte sowie Förderung von Interessen- und Neigungsgruppen (zum Beispiel im Freizeitbereich). Über die "normalen" Probleme Jugendlicher hinaus stellen sich in der Siedlung verschärft Schwierigkeiten mit Arbeitsplatz und Schule, mit Strafangelegenheiten und den allgemein defizitären Sozialisationsbedingungen (zum Beispiel aufgrund

beengter Wohnverhältnisse usw.).

Die Räume des sogenannten Jugendklubs sind - geführt als "offener", das heißt von Jugendlichen weitgehend selbstverwalteter Bereich - Anknüpfungspunkt für Einzelgespräche wie auch für die Initiierung von Gruppenaktivitäten oder auch "nur" Aufenthaltsraum außerhalb der elterlichen Wohnung. Viele Ansätze müssen Stückwerk bleiben, da für den Jugendbereich nur ein Diplompädagoge und wenige, oft wechselnde Honorarkräfte zur Verfügung stehen.

- Erwachsenenarbeit:

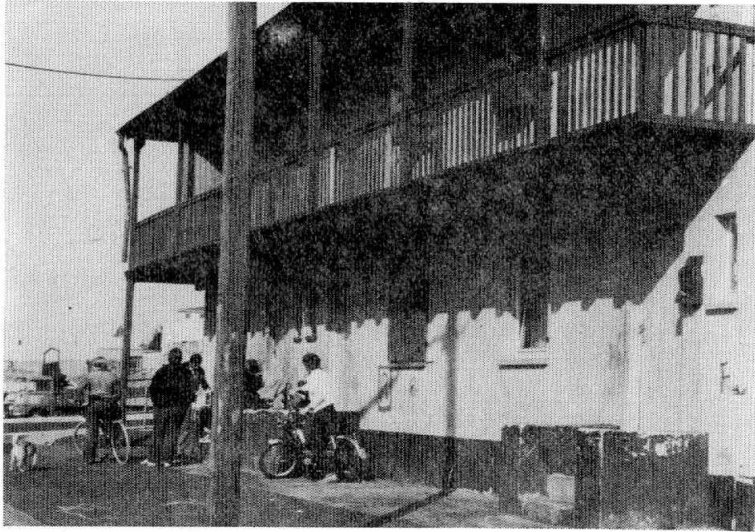
Die Schwerpunktaufgaben lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. individuelle und soziale Beratung (bei Eheproblemen, Erziehungsfragen, Verbesserung der materiellen Situation, Umgang mit Ämtern, Arbeitsplatzbeschaffung usw.);
2. strukturelle Verbesserung der Wohnsituation (u.a. Verhinderung von Zwangseinweisungen, Ausschöpfen von rechtlichen Möglichkeiten des Bundessozialhilfegesetzes, Außenbild der Siedlung usw.);
3. Initiierung von Selbstorganisationsformen der Bewohner (zum Beispiel Frauengruppen, Männer- und Fußballklub, Mütterberatung, Ausflüge usw.).

Weiterhin sind Öffentlichkeitsarbeit, projektbezogene Organisation und Koordination regionaler und überregionaler Kontakte mit anderen Initiativgruppen zusätzliche Aufgaben für Mitarbeiter dieses Arbeitsbereiches. Abschließend kann festgestellt werden, daß ohne aktive, verantwortungsbewußte Beteiligung und Mitarbeit von Bewohnern auf Dauer keine erfolgreiche Arbeit geleistet werden kann.



-39-



Gießen

Im  
sozialen

Brennpunkt



Margareten-  
hütte

## INITIATIVGRUPPE EULENKOPF / GIESSEN:

Die Siedlung Eulenkopf-Heyerweg ist eines der drei Gießener Wohngebiete, in dem Familien an der untersten Einkommensgrenze (teils Sozialhilfeempfänger, teils Arbeitslosenhilfe und kinderreiche Familien mit geringem Einkommen) auf engem Raum wohnen müssen, da sie entweder geräumige Wohnungen nicht bezahlen können oder aufgrund von Mietschulden hier eingewiesen wurden.

In der Siedlung leben ca. 400 Personen, davon etwa 160 Kinder; in der angrenzenden Rödgener Straße ca. 381 Personen, davon etwa 42 Kinder.

Die Häuser in der Siedlung sind zum größten Teil in schlechtem baulichen Zustand. Die Wohnungen sind klein, feucht und im Winter schlecht zu heizen. Duschbäder sind erst nachträglich eingebaut worden. Es gibt immer noch Häuser, die keine Toiletten in der Wohnung haben, sondern nur von draußen her im Keller erreichbar sind. Zwei Mietparteien müssen sich eine Toilette teilen.

Die Siedlung ist von der Stadt räumlich isoliert; sie - die Siedlung - ist umgeben von Kasernen der US-Armee, einer Hauptverkehrs- und einer Schnellstraße sowie von Industriegebieten.

Die Infrastruktur ist mangelhaft, obgleich sich in gemeinsamer Arbeit der Initiativgruppe und der Bewohner einiges gebessert hat, wie Ausbau des Heyerweges, Anlegung von Spielplätzen, Straßenbeleuchtung. Ein immer noch großes Problem sind die An-

zahl und Aufstellung der großen Müllcontainer.

Die Schul- und Berufsausbildung der Erwachsenengeneration ist gering: teils Sonderschulabschluß, teils Hauptschulabschluß. Die meisten Männer sind als Angelernte bzw. Ungelernte in der Bauwirtschaft tätig. Die Frauen haben durchwegs keine Berufsausbildung. Sie waren vor der Ehe und teilweise, auch wenn sie schon Kinder haben, in Putzstellen oder in der Fabrik tätig.

Dreiviertel der Kinder besuchen die Sonderschule. Die Lebensbedingungen und Bildungschancen dieser Kinder führen zu einem besonders hohen Anteil arbeitsloser Jugendlicher. Durch die Konzentration der Familien mit so einer komplexen sozialen und materialen Problematik entsteht zwangsläufig die Tendenz zu Kriminalität und Alkoholismus, als ein Fluchtversuch aus einer unerträglichen Lebenssituation. In diesem Zusammenhang ist auch das Auftreten von Drogenkonsum, vermittelt durch den Kontakt zu den US-Soldaten der umgebenden Kasernen, zu sehen.

Die Initiativgruppe Eulenkopf fand ihren Anfang im Jahre 1969 in der Studentenbewegung. Über die Zusammenarbeit mit der Psychosomatischen Klinik sowie durch die Trägerschaft des Caritasverbandes Gießen fand die Arbeit ihre Kontinuität und materielle Grundlage.

### Mitarbeit im Projekt

Es arbeiten mit: zunächst alle Bewohner, die aktiv teilnehmen. Ca. 15 bis 20 Studenten, vier hauptamtliche Kräfte, eine Jahrespraktikantin, zwei Zivildienstleistende, ein Mitarbeiter (gefördert über Arbeitsbeschaffungsmaßnahme -ABM-).

Oberstes Ziel ist es, die Selbsthilfemöglichkeiten der Bewohner zu stärken, gegen die ihnen durch vielfältige äußere Bedingungen nahegelegten Apathie und Resignation, die in ihnen liegenden Möglichkeiten der Selbststabilisierung zu wecken und zu fördern, damit sie die Konflikte untereinander und mit dem mächtigen Behördenapparat besser durchstehen können, das heißt auch Formen der Auseinandersetzung zu finden, die Erfolge versprechen. In zurückliegenden Jahren konnte zum Beispiel erfolgreich eine Aktion gegen rasante Mieterhöhung durchgeführt werden.

Allerdings findet auch hier die Sozialarbeit ihre Grenzen an den kausalen Bedingungen des sozialen Systems! Die Arbeit wird beeinträchtigt durch die Unsicherheit der fortlaufenden Finanzierung (Land/Stadt) und durch die Konkurrenz unter den Projekten, hervorgerufen durch die im Sozialwesen verknappte Mittelvergabe.

### Schwerpunkte der Arbeit

#### - Kindergarten:

Neben der Entwicklung der Leistungsfähigkeit steht auch hier im Vordergrund, die Kinder in ihrem Sozialverhalten so zu stabilisieren, daß sie mit den Anforderungen der Grundschule zurechtkommen können.

Der in die Siedlung ausgelagerte Teil der Grundschule - die Eingangsstufe Eulenkopf - ist im Dezember 1978 gegen den Willen der Gruppe geschlossen worden.

#### - Kinder- und Jugendarbeit:

Die Schulkinder sind in verschiedenen Spiel- und Beschäftigungsgruppen zusammengefaßt. Außerdem wird eine kontinuierliche Hausaufgabenhilfe angeboten.

Ziel dieser Gruppenarbeit ist es, die Entwicklung der Erlebnisfähigkeit, den Gruppenzusammenhalt und das Verantwortungsgefühl füreinander zu entwickeln und zu stärken.

#### - Bewohnerarbeit (Erwachsenenarbeit):

Diese Arbeit umfaßt sowohl Einzelfallhilfe als auch sozialtherapeutische Betreuung. Außerdem beinhaltet sie Versuche, mit engagierten Bewohnern Verbesserungen der gesamten Lebensbedingungen zu erreichen. Die verschiedenen Arbeitsbereiche überschneiden sich, deshalb hat das Gesamtplenum eine wichtige Funktion.

Der "Frauenclub" und der "Athletikclub Eulenkopf" sind auf Eigeninitiative der Bewohner entstanden.

#### - Kooperation:

Die Initiativgruppe Eulenkopf arbeitet mit anderen Einrichtungen, Institutionen, Behörden und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft zusammen. Außerdem ist sie Mitglied der "LandesArbeitsGemeinschaft (LAG) SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN e.V.".



ARBEITSGEMEINSCHAFT LÄUFERTSRÖDER  
WEG (GUMMI-INSEL) / GIESSEN:

Der "Inselcharakter" der Siedlung ist bis heute erhalten geblieben. In den letzten Jahren hat sich die Lage der insgesamt 700 Einwohner, davon 263 Kinder und Jugendliche, leider nicht verbessert. Die Erwachsenen bzw. Jugendliche in der Siedlung bekommen trotz ihrer Bemühungen keine qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätze. Besonders benachteiligt sind Mädchen und Frauen; sie müssen in der Regel als Putzhilfen arbeiten.

Die Mieten der Wohnblocks und roten Häuschen sind auch für Haushalte mit geringem Einkommen noch tragbar (Quadratmeter-Mieten ca. 3,10 DM). Dagegen kostet eine Sozialbauwohnung: vier Zimmer, Küche, Bad, Zentralheizung, Kaltmiete DM 510,-- plus DM 176,-- für Heizung (Quadratmeter-Miete, kalt, ca. 5,54 DM). Das bedeutet, daß Familien mit geringem Einkommen eine Wohnung im "Sozialen Wohnungsbau" nicht mehr finanzieren können.

Die Mitarbeiter leiten ihren Arbeitsauftrag in der Kinder- und Jugendarbeit aus den Sozialisationsbedingungen für Kinder und Jugendliche aus der Siedlung ab. Kennzeichnend für die Sozialisation der Kinder unter den besonderen Bedingungen des Lebens in einem sozialen Brennpunkt sind:

- eine Wohnsituation, die für die persönliche Entfaltung von Kindern und Jugendlichen denkbar ungünstig ist (keine Kinderzimmer, kein Platz

für das Erledigen von Schularbeiten, keine Spielplätze, Überbelegung der Wohnungen).

- Vorurteile der Stadtbevölkerung gegen "die von der Gummiinsel", wie die Siedlung im Volksmund genannt wird.
- Eine Überbelastung der Eltern durch materielle Sorgen und Nöte, die wenig Raum für eine Förderung der Kinder läßt. Daraus ergibt sich, daß die Kinder schon bei der Einschulung in die Grundschule nicht die gleichen Startchancen wie die Kinder aus anderen sozialen Verhältnissen haben.
- Nach der Einschulung findet unter den Kindern meist in den ersten beiden Schuljahren eine Auslese statt. Es werden Kinder zur Sonderschule überwiesen, deren Sozialisationsdefizite unter den bestehenden Verhältnissen in der Schule nicht aufgearbeitet werden können. Die schulische Ausbildung der Kinder ist durch die Unkenntnis vieler Lehrer über die familiäre und materielle Situation der Kinder und die Ursachen der Leistungs- und Konzentrationsschwächen geprägt.

Unter Trägerschaft des Diakonischen Werkes von Hessen und Nassau konnte eine bis heute kontinuierliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gewährleistet werden. Folgende Arbeitsschwerpunkte:

- Vorschulerziehung;
- Schulkindergruppen;
- Hausaufgabenhilfe;
- Jugendarbeit;
- Elternarbeit;
- Freizeit und Bildungsmaßnahmen;
- Sonstige Veranstaltungen und Aktivitäten in und außerhalb der Siedlung.

Im letzten Jahr wurden von Bewohnern der Siedlung mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft eine verstärkte Arbeit zur Verbesserung der Entwick-

lungs- und Lebensbedingungen der Kinder begonnen. Im Rahmen der Aktivitäten zum JAHR DES KINDES wurden zusammen mit anderen sozialen Brennpunkten in Gießen eine Dokumentation zur Lage der Kinder veröffentlicht. Auf eine ca.30%-ige Mieterhöhung reagierten die Bewohner mit einer Versammlung, in der sie die Wohnbaugesellschaft auf die gesundheitsgefährdenden Bedingungen durch Feuchtigkeit und Schimmelbildung sowie andere bauliche Mängel der Wohnungen aufmerksam machten.

Die Eltern setzten sich gemeinsam mit anderen Gruppen der LAG in einer bundesweiten Aktion für die Nichtanrechnung der Kindergeldbeträge auf Sozialhilfeleistungen ein.

Im Dezember 1979 wurde eine erste Siedlungszeitung herausgegeben, die den Informationsaustausch im Wohngebiet verbessern soll und der 1980 weitere folgen werden.

Wichtige Voraussetzungen für den Fortbestand der Sozialarbeit in der Siedlung sind der Bau eines Gemeinschaftszentrums und eine Erhöhung der finanziellen Zuschüsse, die dem eigentlichen Umfang der Arbeit gerecht werden.

Um die Diskriminierung der Bewohner weiter abzubauen und die Integration der Siedlung in den Stadtteil Gießen-West zu erreichen, sollte die Siedlung durch eine sinnvolle Bebauung der Freiflächen sowie durch Grünanlagen, Sportstätten und die entsprechenden infrastrukturellen Einrichtungen an die neue Weststadt und Sachsenhausen angeschlossen werden.

Von dieser Stadtteilentwicklung unter Beteiligung der betroffenen Bewohner hängt auch der langfristige Erfolg der sozialpädagogischen Arbeit vor Ort ab.

---

#### ARBEITSKREIS SOZIALE BRENNPUNKTE MARBURG E.V. (AKSB):

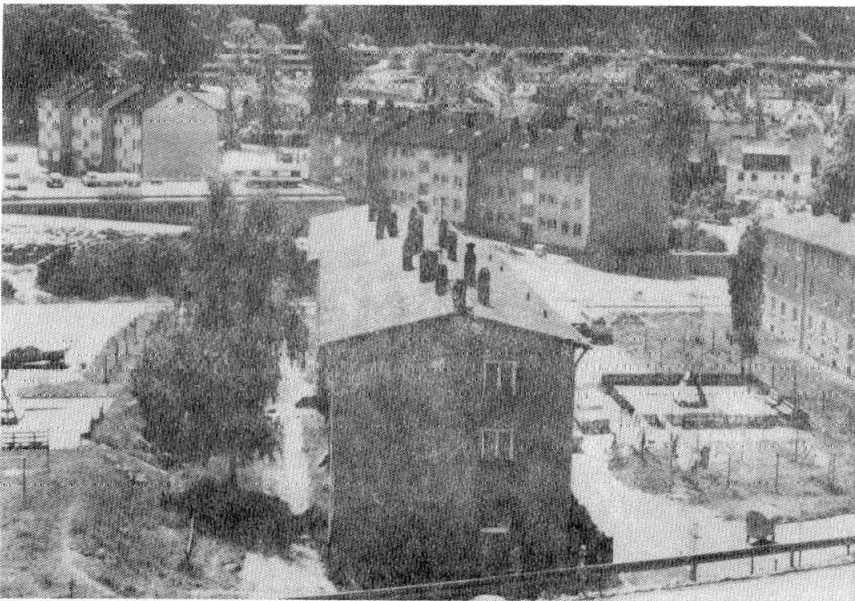
Der Verein entstand im Jahre 1965 als reine Bürger- und Studenteninitiative (damals unter dem Namen Arbeitskreis Notunterkünfte e.V.). Ursprünglich arbeitete der AKSB in der Marburger Barackensiedlung "Am Krekel", die 1972 endgültig aufgelöst wurde.

Der AKSB begann dort 1971 eine Gemeinwesenarbeit, nachdem ein großer Teil der dortigen Bewohner in den Stadtteil Waldtal umgesiedelt wurde. Das Waldtal ist ein Mischwohngebiet mit städtischen Schlichtbauten, schlechtem, mittlerem und gehobenem Wohnungsbau (Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften) und privaten Einfamilienhäusern (vorwiegend mit Mitteln des Lastenausgleichs gebaut). Neben wenigen Angestellten wohnen hier vorwiegend Arbeiterfamilien mit Niedrigsteinkommen, Rentner mit Niedrigstrenten und Sozialhilfeempfänger. Ein größerer Teil der Bewohner ernährt sich als Kleinstgewerbetreibende mit Schrott- und Altmöbelhandel oder als Schausteller. Fast alle in Mar-

burg ansässigen Sinte (Zigeuner) und Landfahrerfamilien haben hier ihre Wohnungen. 1971 lebten in diesem Stadtteil dreiviertel aller Marburger Obdachlosen (ca. 500 Personen).

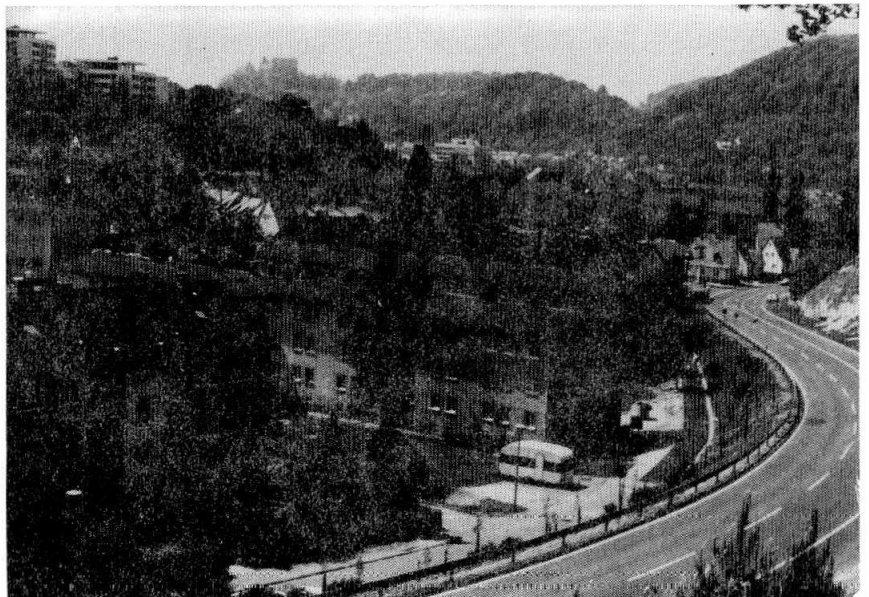
Ziel der Gemeinwesenarbeit des AKSB ist es, die Lebens- und Wohnbedin-

gungen der Waldbalbewohner zu verbessern, sowie im Sozialisations- und Bildungsbereich besonders den Kindern Hilfen zu geben. Diese Arbeit, die inzwischen fast ausschließlich von hauptamtlichen Mitarbeitern getragen wird, wird aus Mitteln des Landes Hessen, des Landeswohlfahrtsverbandes, der Stadt Marburg und aus vereinseigenen Geldern finanziert.



## Marburg Waldbal

Auf diesem Bild läßt sich die Lage des Waldbales zur Kernstadt hin erkennen. Im Vordergrund die Wohnblocks des Ginseldorfer Weges, links oben das Studentendorf Waldbal.



Aufgaben und Arbeit des AKSB im Sozialisationsbereich (Stand 1979/80):

- drei Kindergruppen (je 12 Kinder) im vorschulischen Alter;
- drei Hausaufgabengruppen (je 8 - 10 Kinder);
- zwei Sonderschulgruppen (10 Kinder);
- Elternarbeit, Elternabende, Hausbesuche, Erziehungsberatung bei aktuellen Problemen;
- Schulkontakte, Zusammenarbeit mit Lehrern, Sozialarbeitern;
- Sommeraktionsprogramm mit zwei Zeltlagern für je 20 Kinder;
- schul- und bildungspolitische Konzeptarbeit sowie Konzeptarbeit für die Gemeinwesenarbeit (GWA) des Vereines.

Aufgaben und Arbeit des AKSB im Wohn- und Infrastrukturbereich (Stand 1979/80):

- Bewohnerberatung, besonders bei Sozialhilfe, Wohnungsproblemen, Arbeitsrecht, Schulden, gesundheitlichen Fragen usw.;
- Bewohnerversammlungen, Bildung von Initiativen der Bewohner wie Mieterrat, Hausversammlungen, Kindergeldaktion;
- Verbesserung der Infrastruktur (Außenanlagen, Verkehr, Spielplätze usw.);
- Zusammenarbeit, Koordination und Kontakte zu allen mit Waldtalproblemen befaßten Ämtern (insbesondere Sozial-, Jugend- und Ordnungsamt, Wohnungsvermittlungsstelle - aber auch Bau-, Garten- und Gesundheitsamt);
- Zusammenarbeit mit allen anderen im Waldtal tätigen Organisationen (evangelische und katholische Kirche, Deutscher Kinderschutzbund, Stadtteilgemeinde);
- Kontakte zu Wohnungsbaugesellschaften, Schulen, Politikern, Betrieben usw.;

- Zusammenarbeit mit anderen Sozialarbeitern, die in Marburg und auch auf Landesebene (LAG) ähnlich arbeiten wie der AKSB;
- Sammeln und Verbreiten aller für den Stadtteil wichtigen Informationen (Stadtteilzeitung);
- Öffentlichkeitsarbeit;
- Planungs- und Konzeptarbeit.

Das Besondere der Arbeit des AKSB ist, daß im Mai 1975 der Magistrat der Stadt Marburg ein Entwicklungsprogramm für den Stadtteil Waldtal verabschiedet hat, in dem wesentliche von Bewohnern und AKSB gemeinsam erarbeitete Forderungen enthalten sind (siehe eingerahmten Kasten).

In den vergangenen fünf Jahren wurden oder werden jetzt fast alle dort konkret genannten Maßnahmen verwirklicht. Es wurden 24 Wohneinheiten und sieben Einzelhäuser gründlich mit Beteiligung der Bewohner modernisiert. In den neuen zum Teil von den zukünftigen Mietern mitgeplanten 136 Wohnungen des gehobenen sozialen Wohnungsbaus leben ca. 1/4 ehemals Obdachlose als Mieter. Bis auf eine Ausnahme kann man trotz kleiner Anfangsschwierigkeiten von gelungener Re-Integration sprechen. Nicht nur die Obdachlosenzahlen wurden gesenkt, sondern viele der geplanten Neueinweisungen aus anderen Stadtteilen konnten verhindert werden, obwohl auch in Marburg die Zahl der Räumungsklagen stark zunimmt. Wohnungsprobleme bleiben zwar besonders angesichts steigender Mieten weiter ein Hauptaufgabengebiet,

aber insgesamt hat sich durch das Stadtteilentwicklungsprogramm und durch die Arbeit des AKSB die Situation hinsichtlich familiengerechtem Wohnraum wesentlich entspannt. Erhebliche Verbesserungen wurden auch bei Außenanlagen und Verkehr erreicht. Für die Kinder, denen 1971 kein Spielplatz zur Verfügung stand, gibt es jetzt zum Teil wieder von den Eltern mitgeplant drei große und mehrere kleine Sandspielplätze und einen Bolzplatz. Statt des ursprünglich geforderten Kindergartens wurde ein Zweifamilienhaus großzügig als Spielhaus umgebaut. Durch die Kindergrup-

penarbeit wurden Sonderschul- und Heimeinweisungen verhindert.

Die Perspektive der AKSB-Arbeit besteht momentan vorwiegend in der Fortschreibung des Waldtal-Entwicklungsprogrammes. Im Hinblick auf spezifische, benachteiligte Gruppen wie Großfamilien, ältere Mitbürger, Behinderte, Landfahrer, Kleinstgewerbetreibende und Sinte und gemeinsam mit ihnen müssen Planungen entwickelt und durchgesetzt werden, die ihre besonderen Probleme aufheben bzw. verringern können.

### **Entwicklungsprogramm für den Stadtteil Waldtal (Auszug)**

Grundlage des Waldtal-Entwicklungsprogramms ist der am 29. Mai 1974 in der Stadtverordnetenversammlung verabschiedete Bebauungsplan Nr. 41.

Darin heißt es u.a.:

Dieser Bebauungsplan sollte „eine Grundlage in Form eines baulich räumlichen Konzeptes sein, das Waldtal strukturell zu verbessern. Ziele der Planung sind dabei vor allem eine bessere Ausstattung der Infrastruktur, Verbesserung der Wohnungssituation durch den Bau von hochwertigen Sozialwohnungen unterschiedlicher Größenordnung und gezielte Gestaltung der Bauten wie der Freibereiche“.

In den Leitgedanken des Programms wird weiterhin festgestellt, daß die Neubebauung alleine nicht zu einer strukturellen Verbesserung des Waldtals führen, sondern „ein Gesamtkonzept für die weitere Entwicklung des Waldtals“ auf der Grundlage des Erlasses des Hessischen Sozialministers vom 9. Jan. 1973 („Grundsätze zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen“) dieses Ziel erreichen könne.

Im einzelnen legte das Programm folgende Maßnahmen fest:

1. „Keine Aussiedlung sozial Schwacher aus dem Waldtal“ Eine Umfrage hatte ergeben, daß die meisten sozial schwachen Familien im Waldtal wohnen wollten und hier eine bessere Wohn- und Infrastrukturversorgung forderten.

2. „Familiengerechte Wohnungen“

Für die noch sehr geengt wohnenden Großfamilien waren in der „alten Bausubstanz“ keine genügend große Wohnungen vorhanden. Für sie wurden — unter Planungsbeteiligung der Betroffenen — bei der Neubebauung Großraumwohnungen bebaut.

3. „Verbesserung der vorhandenen Wohnungen“

Dazu gehörte vor allem die Modernisierung der Häuser des Ginseldorfer Weges 26 bis 32 und der sogenannten „alten Knutzbach“ (werden als Einfamilienhäuser umgebaut für Großfamilien; ursprünglich war ihr Abriß im Gespräch!)

4. „Zusätzliche soziale Betreuung“

Beim AKSB wurde im Herbst 1975 eine zusätzliche Sozialarbeiterstelle geschaffen, um die Umzüge und die damit verbundenen Probleme besser bewältigen zu können.

5. „Fortführung der Präventivmaßnahmen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit“

6. Schaffung einer Hausmeisterstelle für die städtischen Wohnungen im Stadtteil Waldtal

7. Errichtung eines Wohnwagenabstellplatzes

8. Errichtung einer Sozialstation



## BÜRGERINITIATIVE FÜR SOZIALE FRAGEN / MARBURG (LAHN):

Die von der Bürgerinitiative für Soziale Fragen (BSF) getragene Arbeit im sozialen Brennpunkt "Unterer Richtsberg" hat seit jeher grob skizziert vier Hauptziele:

1. Verbesserungen hinsichtlich der materiellen Lage und Wohnsituation der von Armut betroffenen Familien oder Alleinstehenden (wirtschaftliche Probleme, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, drohender Wohnungsverlust usw.);
2. Abbau von sozialer Isolation bei Familien oder Alleinstehenden, die aus verschiedenen Gründen entstanden ist (Diskriminierung wegen offensichtlicher psychosozialer Probleme, Armut, Hausfrauendasein, Alter);
3. Förderung individueller Fähigkeiten auf den Gebieten soziales Verhalten, grob- und feinmotorische Fertigkeiten und geistige Fähigkeiten;
4. Vorbeugung, damit bestimmte Probleme nicht in ein Stadium der Unlösbarkeit hineinwachsen: Hilfe zur Selbsthilfe.

Diese Punkte entsprechen den Hauptbedürfnissen der Bewohner - gleich welcher Altersgruppe zugehörig - an eine Gemeinschaftseinrichtung, die im Jahre 1978 eingeweiht werden konnte. Mit Einrichtung des Gemeinschaftszentrums konnte jahrelange Pläne realisiert und entscheidende Verbesserungen für die Bewohner des Stadtteiles durchgesetzt werden. Der Grundsatz, daß die Bewohner selbst ihre Belange in die Hand nehmen, selbst vertreten und hat dazu geführt, daß die geleistete Arbeit von Jahr zu Jahr mehr anerkannt wur-

de. Die Initiative verdankt es allein diesem Konzept, daß alle Parteien des Stadtparlamentes für die Einrichtung des Sozialzentrums gestimmt haben und daß die Stadt Marburg, das Land Hessen und der Landeswohlfahrtsverband (LWV) Hessen das Projekt finanziert haben und weiterhin finanzieren.

Aufgrund der gesammelten Erfahrungen ist es notwendig, zum ordnungsgemäßen Betrieb des Sozialzentrums über folgende hauptamtliche Arbeitskräfte zu verfügen:

- Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit, soziale Einzelfallhilfe/Sozialberatung (eine Sozialarbeiterin);
- hausinterne Erwachsenen- und Altenarbeit (eine Sozialarbeiterin);
- Jugendarbeit (ein Sozialarbeiter, eine Sozialpädagogin);
- Kinderarbeit (eine Erzieherin, ganztags / zwei Erzieherinnen, halbtags);
- Verwaltung (eine Kombikraft, halbtags).

Das Programm des Gemeinschaftszentrums sieht wie folgt aus:

- für Erwachsene und Senioren (Mütter- und Kinderspielgruppe, Nähkurs, Skatabend, Turnen und Gymnastik, Sozialberatung, Bastelgruppe, Cafeteria-Treff, Club der Behinderten, Frauengesprächskreis, Werken u.a.);
- für Kinder und jüngere Jugendliche (Kinderbetreuungsdienst, Hausaufgabenhilfe, Spiel und Sport, Bastelstunde, Musikunterricht, Schwimmen u.a.);
- für Jugendliche und Teens (Jugendklub, Spielfluss mit Disco, Jugendsport, Tischtennisturnier, Gitarrenunterricht, Beratung und Hilfen u.a.).

PROJEKTGRUPPE HERBSTEINER STRASSE /  
FULDA:

Obdachlosensiedlung in Fulda -  
" 50 JAHRE GHETTO ! "

Die Obdachlosensiedlung in Fulda be-  
steht seit mehr als 55 Jahren.

Wäre es nicht eine Obdachlosensied-  
lung, die auf ein so langes Bestehen  
zurückblicken könnte, wäre dies ein  
guter Anlaß zum Feiern - so aber be-  
deuten 55 Jahre vor allem:

- 55 Jahre wohnen mit vielen Menschen  
auf engstem Raum unter un-  
menschlichen Bedingungen;
- 55 Jahre Verweildauer einiger Bewoh-  
ner "von der Wiege bis zur  
Bahre";
- 55 Jahre Diskriminierung + Stigmati-  
sierung;
- 55 Jahre behördlich angeordnete Be-  
nachteiligung von Kindern,  
Jugendlichen, Erwachsenen  
und alten Menschen;
- 55 Jahre Bevormundung durch Wohl-  
fahrts- und Sozialämter,  
Wohnungs- und Obdachlosen-  
behörden etc.

Sicher gab es auch Veränderungen in  
dieser Zeit - gemessen jedoch an den  
Auswirkungen, die diese Bedingungen  
auf die betroffenen Menschen hatten,  
sind hier zum Teil nicht wieder gut-  
zumachende Folgeschäden (physisch +  
psychisch) eingetreten, die auch mit  
intensiver Sozialarbeit, Heilbehand-  
lungen, Kuren usw. nicht mehr rück-  
gängig zu machen sind.

Diese Negativ-Bilanz sollte jedoch  
die Verantwortlichen in den Gemein-  
den und Städten nicht dazu verleiten,  
die Sozialhilfeleistungen noch stär-

ker - wie schon oft geschehen - zu  
beschränken, sondern endlich Schluß  
zu machen mit:

- einer skandalösen Behandlung von  
Hilfesuchenden auf den Ämtern durch  
selbstherrliche Sachbearbeiter;
- einer ständigen Reglementierung und  
Bevormundung sozial engagierter  
Gruppen und Vereine;
- einer unzureichenden Finanzierung  
von Obdachlosenprojekten, die sich  
intensiv zusammen mit den Bewohnern  
um eine Verbesserung der untragba-  
ren Zustände in den Siedlungen be-  
mühen ..... !!!

Die Forderungen ließen sich beliebig  
fortsetzen, denn die Lösung der Pro-  
bleme in den Städten steckt immer  
noch oft in den Kinderschuhen und  
darüber können auch k o s m e -  
t i s c h e Maßnahmen verschiedener  
Kommunen nicht hinwegtäuschen.

Für uns in Fulda bedeutet Obdachlo-  
senarbeit in der Siedlung Herbsteiner  
Straße und mit Familien, die über das  
Stadtgebiet verstreut leben, aber im-  
mer noch Obdachlose sind, die Fort-  
führung der 1973 begonnenen Arbeit  
mit dem langfristigen Ziel:

A u f h e b u n g  
der O b d a c h l o s i g k e i t ,  
und zwar nicht nur in den überflüs-  
sigen Notunterkünften, sondern über-  
all, wo Familien und Alleinstehende  
davon bedroht sind.

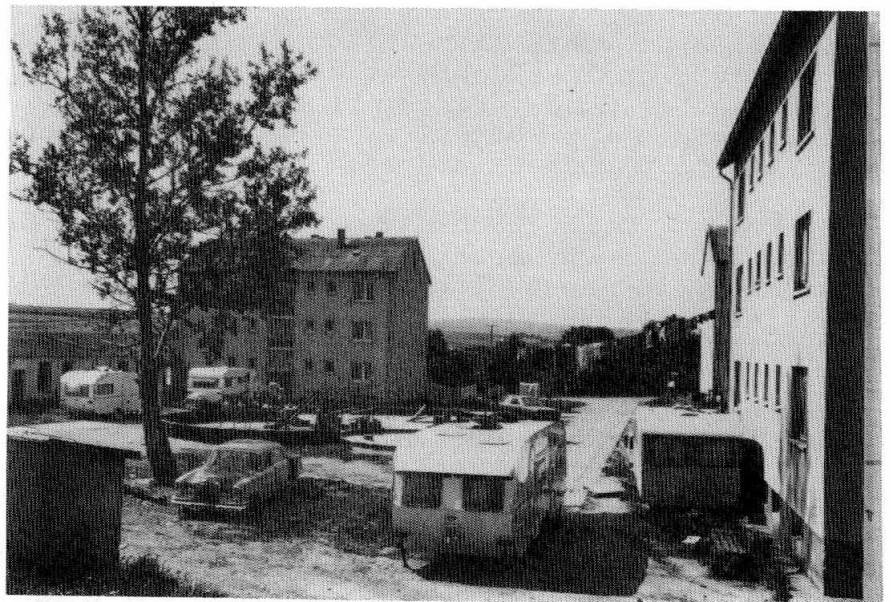
Deshalb wird der Verein Projektgrup-  
pe Herbsteiner Straße e.V. die posi-  
tiven Aktivitäten im Kinder-, Jugend-  
und Erwachsenenbereich fortsetzen und  
sich auch weiter um die Wiederein-  
richtung der S p i e l s t u b e  
für Kinder von 2 - 7 Jahren bemühen.  
Wenn auch Sie, lieber Leser, die Not-

wendigkeit der Sozial- und  
Gemeinwesenarbeit  
in den SOZIALEN BRENNPUNKTEN für  
richtig und sinnvoll erachten, dann  
unterstützen Sie die Projekte in  
Hessen und in der Bundesrepublik  
Deutschland tatkräftig. Auch durch  
Spenden können Sie viel dazu bei-  
tragen.



Obdach-  
losen-  
siedlung

Am Rande  
der  
Stadt



PROJEKTGRUPPE  
EDELZELLER SIEDLUNG / FULDA:

Erstmalig erhielt die Projektgruppe Edelzeller Siedlung e.V. im Oktober letzten Jahres vom Hessischen Sozialminister eine einmalige finanzielle Unterstützung in Höhe von DM 20.000,-- DM für pädagogisches Spielmaterial und Einrichtungsgegenstände. Die Schwierigkeit dabei war, daß diese Mittel zweckgebunden ausgegeben werden mußten und nicht aufgeteilt werden konnten, um zum Beispiel einen VW-Bus zum Befördern von Kindern und/oder die Anmietung eines Raumes für die pädagogische Arbeit zu finanzieren. Die Abrechnung über die erworbenen Gegenstände und Spielmaterialien erfolgte über die Arbeiterwohlfahrt (AWO). In diesem Zusammenhang stellte die AWO auch eine finanzielle Unterstützung für die Hausaufgabenhilfe in Aussicht.

- Kinder- und Jugendarbeit: wie seit Jahren fanden auch im vergangenen Sommer wieder Kinderfreizeiten sowie Ferienangebote im Zeltlager statt. Während des Jahres trafen sich die Vorschul-, Kinder- und Jugendgruppe 2 x wöchentlich zu Spiel- und Clubnachmittagen.
- Eltern- und Öffentlichkeitsarbeit: neben einer Rechtsberatungsgruppe hat sich eine neue Elterngruppe gebildet. Sie versuchte ein Fest für Eltern in den Pfarrräumen zu organisieren, das jedoch wenig Resonanz bei der übrigen Bevölkerung fand. Schade, aber aller Anfang ist schwer! Wesentlich erfolgreicher gestalteten sich die Elternbriefe und Elterngespräche, die verteilt bzw. geführt wurden. Zum ersten Male erschien im vergangenen Jahr - wenn auch unregelmäßig - die "SIEDLUNGSPOST", unse-

re erste Stadtteilzeitung in Fulda.

Für Kinder, die in den Sommerferien daheimbleiben, wurde der Modellvorschlag "Internationale Ferienspiele im Südend" entwickelt, und ein Antrag auf finanzielle Förderung (Material, Verpflegung, Betreuung der Kinder usw.) der Stadtverwaltung vorgelegt.

Das Vorhaben sollte in Zusammenarbeit mit der Friedensorganisation Service Civil International (SCI) realisiert werden. Der SCI ist eine der ältesten Organisationen, die unabhängig von staatlichen und kirchlichen Bindungen sich das Ziel gesetzt hat, durch freiwillige Arbeit aktiv einen Beitrag zur Förderung des Friedens, der internationalen Zusammenarbeit und Verständigung zu leisten. Der SCI ist in der UNESCO (= Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) und hat Erfahrungen in der internationalen Sozialarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Geplant waren Bauaktionen auf dem Gelände des Abenteuerspielplatzes, Stadtspiele, Kinderfeste, Sportturniere, Ausflüge, Straßentheater und vieles mehr.

Die Finanzierung dieses Modelles "Internationale Ferienspiele (workcamp) im JAHR DES KINDES" wurde leider von den Verantwortlichen der Stadt Fulda kurz vor dem Sommerferien-Termin abgelehnt und konnte aus diesem Grunde nicht verwirklicht werden.



## SOZIALPÄDAGOGISCHER ARBEITSKREIS / ESCHWEGE:

Der Arbeitskreis versucht, problem-  
beladenen Familien Hilfe zur Selbst-  
hilfe anzubieten.

Aktivitäten des Vereines sind:

### - Spielstube:

von Montag bis Freitag werden je-  
weils vormittags etwa 12 Kinder  
in der Spielstube am "Diebach" be-  
treut. Eine Mitarbeiterin bemüht  
sich, durch intensive Beschäfti-  
gung mit den vorschulpflichtigen  
Kindern deren Sozialverhalten zu  
verbessern und sie in ihrer Ge-  
samtentwicklung zu fördern;

### - Familienberatung/Familienbetreu- ung:

Zweimal wöchentlich (oft auch mehr)  
steht eine Mitarbeiterin den Be-  
wohnern zur Beratung zur Verfügung.  
Die Beratung findet meist in den  
Wohnungen der Tatsuchenden statt.

### - Kochkurs:

Mütter kochen für ihre Familien in  
der Küche des Vereines. Eine Mit-  
arbeiterin berät und organisiert.  
Wenn Mütter wegen Krankheitsgrün-  
den ihre Familien nicht versorgen  
können, kann Essen aus der Küche  
bezogen werden.

### - Beratung von Familien, die von Ob- dachlosigkeit bedroht sind:

Diese Beratung hat zum Ziel, das  
Entstehen neuer Obdachlosigkeit  
in Eschwege zu verhindern. In Ge-  
sprächen werden die von einer Räu-  
mung betroffenen Familien ermutigt,  
alle Möglichkeiten auszuschöpfen,  
um die Zwangsräumung in die Sied-  
lung am "Diebach" abzuwenden.

### - Jungen-Freizeitgruppe:

Mehrere Jungen sind in Eschweger  
Jugendgruppen außerhalb der Sied-  
lung und treffen sich einmal in  
der Woche zum gemeinsamen Erfah-  
rungsaustausch.

### - Freizeitgruppe in der Altstadt:

Am abwechslungsreichen Freizeit-  
programm nehmen wöchentlich zehn  
bis fünfzehn Sonderschüler teil.

### - Bastel- und Spielgruppe:

Eine kleine Gruppe von Schulan-  
fängern trifft sich einmal in  
der Woche zum gemeinsamen Basteln  
und Spielen.

### - Hausaufgabenhilfe:

Mehrere Mitarbeiter bemühen sich  
schon über mehrere Jahre hin,  
Schüler aus sozial benachteilig-  
ten Familien vor Schulversagen  
zu bewahren.

### - Bastel- und Handarbeitsgruppe:

Frauen und Kinder arbeiten auf  
eine öffentlichkeitswirksame Ver-  
anstaltung hin und stellen ent-  
sprechende Gebrauchsgegenstände  
her, die dann verkauft werden.

Daneben werden Freizeitprogramme  
in die Bergwelt unternommen. Mit  
der Überwindung mancher Hindernisse  
und gemeinsamer Lösung von Proble-  
men werden neue Erfahrungen für die  
Zielgruppen vermittelt.

Hausaufgabenhilfe  
vor Ort .....



## MIETERINITIATIVE FORSTFELD / KASSEL:

Der Vorgang liegt schon einige Jahre zurück, aber verdient es, nochmals in Erinnerung gerufen zu werden. Die Mieterinitiative Forstfeld hat sich gegen die Kautionsforderung der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (GWG) in Kassel erfolgreich gewehrt. Der Erfolg wäre nicht eingetreten, wenn die Mieter nicht ganz genau gewußt hätten, daß ihre Forderung richtig ist.

Um etwas genau zu wissen, muß man sich informieren. Zum Beispiel bei einem Rechtsanwalt, durch Zeitungen oder durch Erfahrungen von anderen Mietergruppen. Und das hat die Mieterinitiative Forstfeld auch getan. Was sie dabei herausbekommen hat, wurde aufgeschrieben und im Stadtteil verteilt. Aufgrund der Veröffentlichungen mußten die Kautionen an die Bewohner von Sozialbauwohnungen in Kassel zurückgezahlt werden. Was stand in dem Flugblatt:

1. Es gibt zwei Möglichkeiten des Mietvertrages, den mündlichen und den schriftlichen Vertrag. Der mündliche Vertrag hat die Gültigkeit von einem Jahr. Der schriftliche Mietvertrag wird erst rechtsgültig, wenn der Vermieter und der Mieter unterschrieben haben.
2. Die Kaution ist eine "Sicherheit" für den Vermieter. Die gleichen Worte sind: Mietsicherheit, Bürgschaft, Sicherheitsleistung usw.
3. Die Sozialbauwohnungen sind für Familien mit geringem Einkommen bestimmt und werden deshalb mit öffentlichen Geldern gefördert. Der Vermieter des sozialen Wohnungsbaus darf bei Abschluß des Mietvertrages von seinen Mietern

keine Kautionen verlangen.

4. Für Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln modernisiert worden sind, darf bei Abschluß ebenso keine Kaution verlangt werden. Dies wäre eine Vertragsänderung. Ein Vertrag kann nur geändert werden, wenn beide Seiten einverstanden sind.
5. Wenn ein Mieter unwissend ist und eine gesetzeswidrige Kautionsforderung unterschrieben hat, braucht er sie nicht zu zahlen. Die Kautionsforderung ist nicht rechtswirksam! Hat ein Mieter eine gesetzeswidrige Kautionsforderung bezahlt, kann er diese zurückverlangen.
6. Fordert der Vermieter im Sozialen Wohnungsbau eine Kaution als Voraussetzung für den Abschluß eines Mietvertrages und wird der Abschluß des Mietvertrages von der Zahlung dieser gesetzeswidrigen Kaution abhängig gemacht, so kann der Mieter gegen den Vermieter vorgehen und ihn zum Abschluß eines Mietvertrages verpflichten, ohne die Kautionsforderung bezahlen zu müssen.
7. Bei Schwierigkeiten und Unsicherheiten sollte jeder Mieter zur kostenlosen Rechtsberatung im Amtsgericht, zu einem Rechtsanwalt oder zum Mieterverein gehen und sich beraten lassen.
8. Außerdem ist die Mieterinitiative gerne bereit, jeden Mieter in Wohnungsfragen zu beraten und zu unterstützen. Sie trifft sich jeden Mittwoch im Haus Forstbachweg.

(aus: Philippinenhöfer Zeitung Nr. 3/78, "KAUTIONEN? NICHT IM SOZIALEN WOHNUNGSBAU!")

# 85 Familien erhalten Kautionen zurück

Erfolg der Mieterinitiative Forstfeld

Ein Märchen - nicht nur für Kinder !!!

Im alten Dorf Forstivien an der Wolga war vom Zaren ein Verwalter eingesetzt worden, der dafür zu sorgen hatte, daß die Häuser der Landarbeiter, die auf seinem Gut arbeiteten, in Ordnung waren. Er bekam dafür im Monat 20 Rubel. Das war zwar auch nicht mehr, als die anderen Leute bekamen, diese aber glaubten, daß er dafür nur vier Stunden arbeiten mußte, denn so lange hatte er Sprechstunden.

Wenn die Leute zu anderen Zeiten vorbeikamen, sagte seine Frau, er sei nicht zu Hause. Durch das Dorf traute er sich schon lange nicht mehr zu Fuß zu gehen, da er nicht mehr sicher war, ob die Leute ihm auch wohlgesonnen waren. Hastete er einmal durch das Dorf und sprachen ihn die Leute an, so verwies er nur auf seine Sprechstunden und eilte weiter. Ließ ihn ein armes Mütterchen gar nicht mehr los, so beruhigte er es und sagte ihm, daß sie alles nur ruhig schriftlich einreichen sollte. Leider war das Mütterchen der Schrift gar nicht mächtig und so verlief alles im Sande.

Eine Fremde, die es aus den Pyrenäen bis hierher verschlagen hatte, beklagte sich über die schimmeligen Flecken in ihrer Wohnung. Da schrieb er ihr einen bitterbösen Brief und befahl ihr, die Wohnung besser zu lüften, dabei tat sie schon fast nichts anderes mehr. Da beobachtete sie eines Tages, daß die Dachrinne überlief. Leider hatte sie keine so langen Arme, um die Rinne überall säubern zu können, so gingen die Flecken nicht fort und einen Brief auf

richtig russisch konnte sie auch nicht schreiben.

Im Dorf gab es auch ein junges hübsches Mädchen, die jungen hübschen Verehrern gern ihr Stübchen zeigte. Dazu ließ sie an einem seidenen Fädchen ein Schlüsselchen herab. Die Verehrer vergaßen aber allzu oft nach der Besichtigung die Türe wieder abzuschließen. Als sich die darunter wohnenden Leute beschwerten, meinte der Verwalter nur, daß sie, wenn sie eine geschlossene Tür haben wollten, ausziehen könnten. Das machte die älteren Leute, die unter dem Mädchen wohnten, ganz traurig, denn es gefiel ihnen eigentlich in ihrem Dorf.

Es kam auch oft vor, daß einige Bewohner in der Woche, in der sie die Treppen putzen sollten, dazu keine Lust hatten. Das machte dem Verwalter nichts aus, denn er wohnte ja nicht in diesem Haus.

Ein Mann mußte immer mit dem Esel zur Arbeit reiten. Gleich als er den Esel kaufte, trug er sich in eine Liste für einen Stall ein. Nach 12 Jahren hoffte er nun, für sein nicht mehr so junges Eselchen endlich einen Stall zu erhalten, denn er war an der Reihe. Wie mußte er sich wundern, als plötzlich eine Wohnung vergeben wurde mit dem Eselstall, auf den er gehofft hatte. Der neue Besitzer hielt in diesem Stall nun einen Hund.

Eines Tages ließ der Zar für die Kinder einen Spielplatz erbauen, denn er wollte, daß die Kinder unbeschwert und fröhlich

aufwuchsen. Leider störte das Glück junge Reiter, die mit ihren Pferdchen auf dem Platz herumgallopierten und die einst lustigen Kinder vertrieben. Das ärgerte einen alten Polizisten, der jetzt in dem Dorf lebte. Er stellte die Halter der Pferde fest. Er hatte aber nicht mit dem Verwalter gerechnet. Der trieb ihn vordannen und sagte, daß dies das Land des Zaren sei. Das glaubte der Polizist, doch leider geschah nun gar nichts mehr und die jungen Reiter gallopierten fröhlich weiter auf dem Platz. Das ärgerte den Polizisten so, daß er nun endlich zum Zaren ging und das aller erzählte.

Der Zar .....

(Liebe Leser: Bitte vollenden Sie das Märchen und schicken Sie Ihren Entwurf an "Forstfelder Kleine Zeitung", Postfach-Nr. 103726 in 3500 Kassel. Der beste Entwurf wird abgedruckt und erhält einen Preis)



**JEDEM SEINE**



dafür setzen wir uns gemeinsam ein

**MIETERINITIATIVE FORSTFELD**





4. ADRESSENVERZEICHNIS DER MITLIEDSPROJEKTE

Region SÜD:

- Elterninitiative Kind in Nied c/o Bärbel Kretschmer  
Linkstraße 49  
6230 Frankfurt 80.  
Tel.: priv. 381240
- Initiativgruppe Fechenheim c/o Peter Frohnweiler  
Schleusenstraße 15  
6000 Frankfurt 1  
Tel.: priv. 252149
- Gemeinwesenarbeit Offenbacher Str. c/o Stadtverwaltung  
Haus Bäck  
Hugenottenallee  
6078 Neu-Isenburg  
Tel. 06102/241357 oder  
33170
- Mietervereinigung Starkenburgring c/o Georg Kraft  
Starkenburgring 94/96  
6057 Dietzenbach  
Tel.: priv.  
06074/29470
- Projektgruppe Lohwald c/o Stadtverwaltung  
R a t h a u s  
Berliner Straße 100  
6050 Offenbach/Main  
Tel.: 8065/2448 oder  
8065/2176
- Bürgerinitiative Eschig c/o Helga Schneidewind  
Im Eschig 32  
Tel.: priv. 861524
- Kesselstädter Spielstube Ankergrasse 6  
6450 Hanau  
Tel.: 06181/21438

-----

Region SÜD/WEST:

- Projektgruppe/Bewohnerrat Mühlthal c/o Gemeinschaftszentrum  
An der Kupferlache 2 - 4  
6200 Wiesbaden  
Tel.: 06121/312302

- Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben      Karl-Marx-Straße 6  
6200 Wiesbaden  
Tel.: 06121/434543
  
- Arbeitsgemeinschaft Presberger Str.      Presberger Straße 1  
6200 Wiesbaden  
Tel.: 06121/429356
  
- Projektgruppe Sozialer Brennpunkt      Amselweg 3  
6250 Limburg  
Tel. 06431/3432
  
- Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit      Rodgaustraße 8  
6100 Darmstadt  
Tel.: 06151/34645
  
- Sozialkritischer Arbeitskreis      Frankfurter Straße 10  
6100 Darmstadt  
Tel.: 06151/21203

-----

Region MITTE UND NORD:

- Projektgruppe Margaretenhütte      Margaretenhütte 41  
6300 Gießen  
Tel.: 0641/77324
  
- Initiativgruppe Eulenkopf      c/o Gemeinschaftszentrum  
Heyerweg  
6300 Gießen  
Tel.: 0641/41447
  
- Arbeitsgemeinschaft Läufertröder Weg      Läufertröder Weg  
6300 Gießen  
Tel.: 0641/83129 oder  
/83390
  
- Arbeitskreis Soziale Brennpunkte      Ginseldorfer Weg 50  
3550 Marburg  
Tel. 06421/64125
  
- Bürgerinitiative für Soziale Fragen      Damaschkeweg 93  
3550 Marburg  
Tel.: 06421/44122
  
- Projektgruppe Herbsteiner Straße      Schlitzer Straße 81  
6400 Fulda  
Tel.: 0661/51828

- Projektgruppe Edeltzeller Siedlung c/o Ulrike Fiedler  
Bornstraße 9  
6407 Schlitz-Hemmen
- Sozialpädagogischer Arbeitskreis c/o Ulrich Krüger im Sozial-  
amt der Stadt, Rathaus  
3440 Eschwege  
Tel.: 05651/30041
- Mieterinitiative Forstfeld c/o Irmgard Schneider  
Steinigstraße 1  
3500 Kassel  
Tel.: 0561/516163

-----  
-----

#### 5. BESTANDSAUFNAHME VERSCHIEDENER LAG-AKTIVITÄTEN

Zum Beispiel:

- 23.-25.06.1978 Landestagung der LAG in Arnoldshain  
Thema:  
Information und Aufklärung der Öffent-  
lichkeit bezüglich Situation in Sozialen  
Brennpunkten sowie Fragen an die Politiker  
zur Zukunft der sozialen Brennpunkte.
- 23.09.1978 Zentraler Aktionstag der LAG in Wiesbaden  
anlässlich der Landtagswahlen  
Themen, u.a.:  
- Wohnen,  
- Sozialhilfe,  
- Arbeitslosigkeit,  
- Situation der LAG,  
- Schulsituation von Kindern/Jugendlichen  
in sozialen Brennpunktsiedlungen.
- 20.-22.10.1978 Zentrales Jugendtreffen im Jugendhof  
Dörnberg (Zierenberg bei Kassel)  
Themen, u.a.:  
- Arbeitslosigkeit von Jugendlichen,  
- Leben im Brennpunkt,  
- Konflikte am Arbeitsplatz,  
- Überlegungen zu "organisiert sind wir  
stärker".
- 09.-12.11.1978 Beteiligung und Informationsstand der LAG  
sowie von Mitgliedsprojekten beim Jugend-  
hilfetag in der Messehalle 5 in Köln.

16.-18.03.1979

Gesamtfrauentagung in Seepark Kirchheim  
Themen, u.a.:

- Familienplanung,
- Sozialhilfe-probleme,
- Scheidungsrecht,
- Mutter-/Kind-Probleme und alleinerziehende Mütter,
- allgemeine Erziehungsprobleme,
- Presse, Dokumentation,
- Festauschuß.

16.06.1979

Jahreshaupt- bzw. Mitgliederversammlung  
in Fürsteneck

Themen, u.a.:

- Neuaufnahmen,
- Neuwahl des Vorstandes,
- Aktivitäten zur Kindergeldaktion,
- Bericht zu den Frauentagungen,
- Bericht zur Jugendinitiative innerhalb der LAG,
- Berichte und Anträge aus den ständigen Arbeitsgruppe zur Sozialhilfe, Gemeinwesenarbeit, Neudefinition soziale Brennpunkte,
- Berichte zur vorhergehenden Landestagung am gleichen Ort,
- Bericht der Geschäftsstelle zu Fragen der Einzelfallhilfe im Rahmen der LAG,
- Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Institutionen,
- erste Auswertung der Ministeriumsbesuche in verschiedenen Hessischen Sozialen Brennpunkten,
- Bericht zum Stand der Forschungsprojekte über Gemeinwesenarbeit und über Auswirkungen der kommunalen Obdachlosenpläne,
- Ankündigung von Personalveränderungen in der Geschäftsstelle,
- Verabschiedung einer Resolution zur Einstellung lehrender Sozialarbeiter als Professoren an Fachhochschule sowie Resolution zur Situation in den Jugendklubs in Sozialen Brennpunkten.

08.09.1979

Regionalversammlung Süd im Pavillon Lohwald / Offenbach

Themen, u.a.:

- Austausch von Informationen aus den einzelnen Projekten,
- geplante Kindergeldaktion in Bonn,
- Stärkung der Regionalarbeit,
- Wahl der neuen Regionalvertreter.

22.09.1979

Regionalversammlung Mitte im Gemeinschaftszentrum der Bürgerinitiative für Soziale Fragen (BSF) in Marburg/Lahn

Themen, u.a.:

- Sozialhilfe (Gegenüberstellung, welche Ausgaben sind im Sozialhilfesatz vor-

- gesehen und was brauchen Sozialhilfeempfänger tatsächlich zum Leben),
- Behandlung auf dem Sozialamt,
  - Vorbereitung zur Kindergeldaktion.

22.09.1979

Regionalversammlung Nord im Haus Forstbachweg (Kassel-Bettenhausen)

Themen, u.a.:

- Was machen die zur Zeit im Kasseler Raum bestehenden Bewohnergruppen, welche Schwierigkeiten haben sie in ihrer Arbeit, welche Arbeitsvorhaben sind für die Zukunft geplant,
- Stand und Planung der Kindergeldaktion sowie Beteiligung der nordhessischen Projekte und Initiativen,
- Untersuchung der Stadt Kassel über wohnauffällige Familien sowie Planung evt. neuer Sonderwohnformen für wohnauffällige Familien in Kassel,
- aktuelle Berichte einzelner Gruppen, z.B. Auseinandersetzung der Mieterinitiative Forstbachweg mit dem Geschäftsführer der Kasseler Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft, Forderung der Frauengruppe und der Mitarbeiter im Philippinenhof nach einem Gemeinschaftszentrum und nach einer Betreuung auf dem Abenteuerspielplatz,
- Wahl eines regionalen Sprecherkreises für die weitere regionale LAG-Arbeit in Nordhessen,
- Perspektiven für die weitere Zusammenarbeit in Kassel und Umgebung.

22.09.1979

Regionalversammlung Süd/West im ehemaligen "In"-Laden / Schelmengraben in Wiesbaden

Themen, u.a.:

- Erläuterung der Forderung "Nicht-Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe";
- Informationen über den Ablauf der Kindergeldaktion in Bonn,
- Berichte aus den Projekten.

20.10.1979

Sternfahrt nach Bonn wegen Kindergeldaktion mit über 40 Gruppen und ca. 2.000 Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik

30.01.1980

Überregionales Treffen von LAG-Gruppen zum Thema Einweisung, Wiedereinweisung sowie Zwangseinweisung in Brennpunktsiedlungen und die damit verbundene Problematik.

08.-10.02.1980

Landestagung der LAG in Falkenstein

Themen, u.a.:

- Wohnen und Mieten,
- Einweisungen und Räumungsklagen,
- Finanzierung der Projektarbeit,
- Neudefinition Soziale Brennpunkte.

## 6. BIBLIOGRAPHIE AUSGEWÄHLTER SCHRIFTEN

Nachstehend eine Auflistung von Arbeitsunterlagen, Dokumentationen, Broschüren etc., die wir zum Selbstkostenpreis verkaufen. Preise werden auf Anfrage genannt.

- Dokumentation zur Sozial- und Bewohnerarbeit in den Sozialen Brennpunkten Hessens (leider vergriffen);
- Dokumentation vom Aktionstag 23. September 1978 in Wiesbaden;
- Dokumentation zur Kindergeldaktion am 20. Oktober 1979 in Bonn;
- Dokumentation zur überregionalen Jugendarbeit innerhalb der LandesArbeitsGemeinschaft SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN;
- Jahresberichte der LandesArbeitsGemeinschaft SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN e.V.;
- AGJ-Arbeitsheft II: Soziale Brennpunkte, Sonderausgabe 1978 (inkl. Kritik an der sog. Studie von Laszlo Vaskovics u.a.);
- Frauenzeitungen und Dokumentation der zentralen Frauentagung im Frühjahr 1979 in Seepark Kirchheim;
- LAG-Brennpunkt-Zeitung (jeweils letzte Ausgabe);
- AGS-Dokumentation: "Was ist an diesen Mieten noch sozial?";
- Mieterdokumentation der Mieterinitiative Forstfeld (Kassel);
- Arbeitsheft des Deutschen Städtetages: Hinweise zur Arbeit in sozialen Brennpunkten.

Weitere Publikationen sind auf Anfrage in der Geschäftsstelle erhältlich, zum Beispiel BÜRGERMITARBEIT - was und wie in 52 Beispielen, hrsg. von Stiftung für staatsbürgerliche Mitverantwortung DIE MITARBEIT in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.



# INHALTSVERZEICHNIS :

---

	Seite
1, ZU DIESER BESTANDSAUFNAHME .....	1
2, ALLGEMEINE INFORMATIONEN .....	2
- Mitglieder .....	2
- Soziale Brennpunkte .....	3
- Mitgliederversammlung .....	3
- Vorstand .....	3
- Regionalversammlungen .....	4
- Regionalvertreter .....	4
- Geschäftsstelle .....	4
- Aufgabenkatalog .....	5
3, UNSERE MITGLIEDSPROJEKTE .....	6
3.1 BEREICH HESSEN - SÜD .....	7
- Elterninitiative "Kind in Nied" in Frankfurt/Main ....	8
- Initiativgruppe Fechenheim in Frankfurt/Main .....	8
- Gemeinwesenarbeit Offenbacher Straße in Neu-Isenburg .	10
- Mietervereinigung Starkenburgring in Dietzenbach .....	12
- Projektgruppe Lohwald in Offenbach/Main .....	14
- Bürgerinitiative Eschig in Offenbach/Main .....	16
- Kesselstädter Spielstube in Hanau .....	18
3.2 BEREICH HESSEN - SÜD/WEST .....	20
- Projektgruppe/Bewohnerrat Mühlthal in Wiesbaden .....	21/25
- Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben in Wiesbaden .....	26
- Arbeitsgemeinschaft Presberger Straße in Wiesbaden ...	29
- Projektgruppe Sozialer Brennpunkt in Limburg .....	31
- Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit in Darmstadt .....	33
- Sozialkritischer Arbeitskreis in Darmstadt .....	35
3.3 BEREICH HESSEN - MITTE UND NORD .....	36
- Projektgruppe Margaretenhütte in Gießen .....	37
- Initiativgruppe Eulenkopf in Gießen .....	40
- Arbeitsgemeinschaft Läuferströder Weg in Gießen .....	42
- Arbeitskreis Soziale Brennpunkte in Marburg .....	43
- Bürgerinitiative für Soziale Fragen in Marburg .....	47
- Projektgruppe Herbsteiner Straße in Fulda .....	48
- Projektgruppe Edeltzeller Siedlung in Fulda .....	50
- Sozialpädagogischer Arbeitskreis in Eschwege .....	51
- Mieterinitiative Forstfeld in Kassel .....	52
4, ADRESSENVERZEICHNIS DER MITGLIEDSPROJEKTE .....	<b>55</b>
5, BESTANDSAUFNAHME VERSCHIEDENER LAG-AKTIVITÄTEN .....	<b>57</b>
6, BIBLIOGRAPHIE AUSGEWÄHLTER SCHRIFTEN .....	<b>60</b>

# DAS LETZTE .....

## Schangsegleichheit

vadder  
am fließband  
mudder  
geht butze  
kinner  
euer schangse  
sin gleich

babba  
akaademigger  
mamma  
mit vermöche  
kinner  
euer schangse  
sin gleich

alter herr  
unnehmer  
alte dame  
awweidlos  
kinner  
euer schangse  
sin gleich

*Ernst Schildger*

aus: Hessische Lehrerzeitung, Heft 3 / 1980,  
33. Jg., hrsg. von Gewerkschaft Erziehung und  
Wissenschaft (GEW), Seite 15